

AG Programmdebatte der Sozialistischen Linken

# Reader zur Programmdebatte

Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion.

- Karl Marx

## Themen:

Feminismus & Erwerbsarbeit, Eigentum,  
Klassenanalyse, Grundeinkommen, Friedenspolitik,  
Wirtschaftsdemokratie



**AG Programmdebatte**

Kleine Alexanderstraße 28

10178 Berlin

web: [www.sozialistische-linke.de](http://www.sozialistische-linke.de)

[www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de)

mail: [info@linke-programm.de](mailto:info@linke-programm.de)

**Redaktion:** Fabio De Masi, Ralf Krämer, Norbert Müller

**Layout:** Norbert Müller

**Auflage:** 1. Auflage, Berlin April 2011

**Druck:** Druckerei „Bunter Hund“

Saarbrücker Str. 24

10405 Berlin

[www.druckerei-buntherhund.de](http://www.druckerei-buntherhund.de)

# Inhalt

Einleitung	S. 4
OSKAR LAFONTAINE Die Grundsatzfrage stellen	S. 5
SAHRA WAGENKNECHT Ein paar bessere Regeln reichen nicht!	S. 11
MARIANNA SCHAUZU Der Kampf ist eröffnet. DIE LINKE soll Bürgerrechtspartei werden	S. 15
ANDREAS WEHR Was ist das Subjekt der Veränderung?	S. 20
DETLEF BIMBOES Klaus Lederer, das Eigentum und die Demokratie	S. 24
HARALD WERNER Wirtschaftsdemokratie heute. Überlegungen zur Erneuerung eines historischen Konzepts	S. 28
HARTMUT OBENS „Belegschaftseigentum“: Ein richtiger Ansatz?	S. 33
RALF KRÄMER BGE nee! Über Risiken und Nebenwirkungen einer wohlklingenden Idee	S. 37
RALF KRÄMER / HERBERT SCHUI Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen? Supplement der Zeitschrift Sozialismus	S. 39
ALEXANDER NEU LINKE Friedenspolitik und kollektive Sicherheit	S. 40
JAN VAN AKEN Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten	S. 45
FABIO DE MASI Wer Europa retten will, muss es neu gründen!	S. 49

## **Arbeitsbegriff und Feminismus im Programmmentwurf Auszüge aus Debattenbeiträgen**

3. BUNDESFRAUENKONFERENZ DER LINKEN Programmmentwurf feministisch überarbeiten	S. 53
KERSTEN ARTUS Position zum Beschluss der 3. Bundesfrauenkonferenz	S. 54
ULRIKE ZERHAU, SYBILLE STAMM, FRIGGA HAUG U.A. Bemerkungen zum Appell linker Frauen zur Resolution der 3. Bundesfrauenkonferenz	S. 56
RALF KRÄMER Zum Arbeitsbegriff und der Kritik der Bundesfrauenkonferenz	S. 57
ALBAN WERNER Geschlechterverhältnisse, Arbeitsbegriff und kapitalistische Produktionsweise	S. 58

## **Anträge der SL an den Programmmentwurf**

Klassengesellschaft und Klassenpolitik	S. 60
Medien	S. 63
Europapolitik	S. 64
Frieden und internationale Politik	S. 66
Rechtspopulismus	S. 69
Parteispenden und „Fragen eines lesenden Arbeiters“	S. 70
AutorInnenverzeichnis	S. 71
Spenden / Sommerakademie 2011	S. 74
Mitglied der SL werden! Erklärung der Unterstützung	S. 75

# Einleitung

*„...eine Gesellschaft zu bauen, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen.“  
(Oskar Lafontaine auf dem Programmkonvent)*

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Programmdebatte geht in ihre heiÙe Phase. Wir hoffen die Debatte bereichert Euch und die Menschen, die wir für linke Politik gewinnen möchten. Eines ist sicher: Nicht Sigmar Gabriel, der Verfassungsschutz, SPIEGEL Online oder einzelne PolitikerInnen der LINKEN sondern unsere 78.000 Mitglieder entscheiden über das Programm. Das ist auch gut so. Denn ohne Glaubwürdigkeit und politischen Mut wird DIE LINKE scheitern.

Wir haben als Sozialistische Linke (SL) bereits eine Broschüre Argumente zur Programmdebatte vorgelegt, die ihr unter [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de) ausdrucken könnt. Dort sind einfache Argumente zu zentralen Kontroversen unserer Partei - von öffentlichem Eigentum bis NATO und öffentlichem Dienst - enthalten.

Mit dieser Broschüre wollen wir einige - aus unserer Sicht zentrale - Texte zur Programmdebatte abdrucken. Dabei stehen Debatten um Arbeit, Erwerbsarbeit und Grundeinkommen, öffentliches Eigentum und (Wirtschafts-)demokratie sowie die UNO und Frieden im Vordergrund.

Es handelt sich nur um Texte, die mit Einwilligung der Autoren auf unserer Homepage veröffentlicht wurden. Nicht alle Autorinnen und Autoren sind Mitglieder der Sozialistischen Linken. Ihr findet diese und weitere Beiträge ebenfalls unter [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de).

Dort findet Ihr auch unsere Stellungnahmen zum Programmentwurf sowie Textbausteine für Änderungsvorschläge, die Ihr gerne verbreiten und für Parteitagsanträge verwenden dürft.

Eine lebhaft aber faire Debatte wünscht Euch,

*Eure AG Programmdebatte der Sozialistischen Linken*

# Die Grundsatzfrage stellen

*Von Oskar Lafontaine*

[...] Unser Grundsatzprogramm bestimmt unsere Verortung im Parteiensystem der Bundesrepublik. Und wenn wir das so sagen, dann müssen wir ein paar Selbstverständlichkeiten wieder ansprechen. Wenn wir uns als fünfte Partei im Parteiensystem verorten, dann müssen wir davon überzeugt sein: Wenn es DIE LINKE jetzt noch nicht gäbe, dann müsste man sie erfinden, weil wir bisher nur neoliberale Parteien hatten – und wir brauchen eine Partei, die diesen Konzepten wirklich etwas entgegenstellt. [...]

Deshalb will ich einige Argumente der Kritiker hier aufgreifen. Ich habe gelesen, unser Hauptgegner sei nicht die SPD. [...] Es war immer ein Missverständnis, das so zu interpretieren. [...] Unser Hauptgegner war die Gesetzgebung, die sich »Hartz IV« nennt. Und die werden wir weiter bekämpfen. [...] Unser Hauptgegner ist eine Rentengesetzgebung, die millionenfache Armutsrenten programmiert, und wir werden da nicht nachlassen, wir werden das kritisieren, egal, welche Partei für diese Gesetze Verantwortung trägt. Unser Hauptgegner ist auch die Zerstörung des Gesundheitssystems, die sogenannten Zusatzbeiträge, die ja nichts anderes sind als der Einstieg in die Kopfpauschale. Auch das muss man den Sozialdemokraten beispielsweise vorhalten, dass sie das mitgemacht haben. Natürlich müssen wir auch sagen, die Sozialdemokratie ist ein potenzieller Bündnispartner. Ich sage es in aller Klarheit. Es wird sich irgendwann mal an programmatischen Fragen klären, nur auch das an die Adresse derjenigen, die sagen, der Hauptgegner ist nicht die SPD. [...]

## Wer die Eigentumsfrage nicht stellt, wird die ökologische Frage nicht lösen können

Und selbstverständlich gönnen wir als faire Sportsleute den Grünen jetzt die guten Umfrageergebnisse. Aber das entbindet uns nicht von der Verpflichtung, uns mit dieser Partei auseinanderzusetzen und zu sagen: Krieg ist die schlimmste Form der Umweltzerstörung. Eine Umwelpartei kann nicht Kriege befürworten. Und wir müssen der Partei der Grünen sagen, dieses Konzept der Green Economy oder New Green Deal, oder was sie alles erzählen – ist ja schon interessant, dass man Anglizismen bemühen muss –, das ist ein Placebo, das ist eine Mogelpackung. Wer die Eigentumsfrage nicht stellt, wird die ökologische Frage nicht lösen können. Das ist unsere Sonderstellung hier als Partei DIE LINKE. Und wir werden ja mittlerweile [...] aus der Wissenschaft unterstützt. Der Nobelpreis für Wirtschaft 2009 [...] ist an eine Wissenschaftlerin verliehen worden. Elinor Ostrom, die erforscht hat, dass Gemeinschaftseigentum ökologischer verwaltet wird als Privateigentum. Ja, selbst wenn das in der klassischen Wissenschaft erforscht wird, da sind wir, DIE LINKE, doch gehalten, darauf hinzuweisen: Gemeinschaftseigen-

tum ist viel, viel eher in der Lage, zu umweltgerechtem Verhalten zu führen als Privateigentum. Und wir schieben noch eine Begründung nach: Nur mit Gemeinschaftseigentum lernt man verantwortungsvolles Handeln. Das ist der entscheidende Punkt. Auch verantwortungsvolles Handeln gegenüber der Natur. Und noch etwas an die Adresse der Grünen. Wir können nicht zulassen, dass die ökologische Frage von der sozialen Frage abgekoppelt wird. Die Grünen sind mittlerweile die Partei der Besserverdienenden. Eine Ökologienpolitik, die dazu führt, dass nur die Wohlhabenden sich Autos und Fernreisen leisten können – eine solche Ökologienpolitik muss DIE LINKE in Frage stellen!

## **Wir wollen, dass wir demokratische Zustände bekommen**

Wenn ich schon bei der Auseinandersetzung mit den anderen Parteien bin, dann bin ich bei dem ersten Alleinstellungsmerkmal. Die anderen Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag haben wortreich beklagt, dass diese Regierung nur noch Lobbyisten bedient. Dass sich die Banken ihre Gesetze bestellen, dass die Energiewirtschaft und dass die Hotelbranche ihre Gesetze bestellen. Das ist ja alles richtig analysiert und gesehen, aber das kann doch kein folgenloses Klagen sein. Dann muss man bitteschön auch sagen: Wir sind gegen Spenden von Unternehmen und Privatpersonen, wie das in Frankreich geregelt ist. Bei Privatpersonen Höchstgrenzen und bei Unternehmen überhaupt keine Spenden, sonst kriegen wir den Lobbyismus nicht aus dem parlamentarischen System verbannt. [...]

Die zweite Diskussion, die geführt worden ist, ist die Frage der Regierungsbeteiligung und die Frage, ob man denn Haltelinien formulieren dürfe. Man kann selbstverständlich darüber diskutieren, ob die im Grundsatzprogramm stehen müssen. Doch eines muss ich sagen, es gibt keine Partei, die keine Haltelinien hat. Das will ich auch mal an die Adresse der anderen Parteien sagen. Und wenn beispielsweise Frau Künast immer wieder formuliert, die Ablehnung der Atomkraft stehe in der Gründungsurkunde der Grünen, dann müssen wir doch die Frage beantworten, was in unserer Gründungsurkunde steht. Und da steht nun mal: Keine weitere Privatisierung! Kein weiterer Personalabbau! Und nach meiner Überzeugung auch kein weiterer Beschäftigungsabbau!

Natürlich gibt es jetzt [...] das Problem der Schuldenbremse. Wenn man die Schuldenbremse als Bedingung akzeptiert, dann hat man fast keine Möglichkeit mehr, als auch Personalabbau zu akzeptieren. Kein Problem, denn die Schuldenbremse ist doch zu einer Zeit verabschiedet worden, als sie noch nicht gelernt hatten, welche Rezepte allein und ausschließlich geeignet waren, die Weltwirtschaft vor dem Zusammenbruch zu retten. Ihr habt das vielleicht alle noch in Erinnerung: Nur ein verschwindender Teil der Linken hat den Keynesianismus in Deutschland noch verteidigt – nämlich die Aussage, dass dann, wenn die Wirtschaft runter saust, die Notenbanken mit Geld dagegenhalten müssen und die Staaten mit Fiskalpolitik. Und als jetzt die große Krise da war, ist dies von den Neoliberalen so diffamierte Konzept das einzige gewesen, das

den Zusammenbruch der Weltwirtschaft verhindert hat. Darauf können wir stolz sein. Das zeigt aber auch, dass die Schuldenbremse ein Konzept von vorgestern ist und in die heutige Zeit überhaupt nicht mehr passt.

Wenn wir dieses Grundsatzprogramm und unsere Verortung formulieren, und wenn wir den Begriff Demokratischer Sozialismus immer wieder bemühen, dann müssen wir auch vielen Menschen sagen: Was ist demokratischer Sozialismus? [...]das Wort Sozialismus [wurde] oft missbraucht [...] in der Geschichte. Darüber dürfen wir uns ja nicht hinwegtäuschen. Und deshalb müssen wir es übersetzen, und [...] eine der besten Formulierungen stammt von Rosa Luxemburg: Demokratischer Sozialismus ist eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und ohne Unterdrückung. Eine solche Gesellschaft wollen wir. Die gibt es heute noch nicht, aber wir wollen sie. Und wenn der Begriff der Ausbeutung fällt, dann muss das nicht nur auf die Arbeitswelt bezogen sein, dann muss das auch auf die Natur bezogen sein. Man darf die Natur nicht in dem Sinne ausbeuten, dass man die Lebensgrundlagen endgültig zerstört. Die ökologische Frage, und das sage ich noch einmal, ist für uns eine Systemfrage. Wir binden sie an die Eigentumsfrage, und deshalb sind wir überzeugt, nur unser Gesellschaftsentwurf eröffnet überhaupt Wege, um die ökologische Frage in den Gesellschaften dieser Welt zu lösen.

Es gibt eine andere Formulierung, was Demokratischen Sozialismus angeht. [...] Sie stammt von einem evangelischen Theologen. Er sagte einmal: Demokratischer Sozialismus ist eine Widerstandsbewegung gegen die Zerstörung der Liebe in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es wäre doch gar nicht schlecht, wenn das Wort Liebe zumindest einmal in einem Grundsatzprogramm irgendeiner Partei auftaucht. [...]

## **Was gehört wem?**

Nun ist natürlich unser Programm fokussiert auf eine Frage, das ist die Eigentumsfrage. Und diese Eigentumsfrage ist die Grundfrage der Bewegung. Wenn man sich mit der Eigentumsfrage auseinandersetzt, dann muss man sich auch mit der Vergangenheit auseinandersetzen. [...] Die Eigentumsfrage ist auch die Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus insoweit, als man sagen kann: Eine Verstaatlichung der Wirtschaft löst im Grunde keine Probleme, weder die demokratische Frage noch die ökologische Frage noch eine andere Frage.

Deshalb muss man die Grundsatzfrage aufwerfen, was gehört aus welchen Gründen wem? Diese Frage ist in keiner Verfassung beantwortet. Sie reden alle vom Eigentum, aber nirgendwo ist definiert, was eigentlich Eigentum ist. Da kann man anknüpfen an die liberale Gesellschaftstheorie, in der am Anfang klar die Aussage stand, Eigentum entsteht durch Arbeit. Ich lade dazu ein, dass wir, DIE LINKE, dass wir die erste Partei sind, die hier in Deutschland klar sagt: Jawohl, Eigentum entsteht durch Arbeit und nicht durch Nichtstun oder Einheirat oder Erbschaft, oder was weiß ich auch immer. Eigentum entsteht insbesondere in den großen Produktionsbetrieben durch Arbeit. Das ist die Grundlage unseres Ansatzes über die Eigentumsfrage. Und deshalb

geht es nicht darum, dass wir irgendjemanden enteignen wollen. [...] Wir wollen die permanente Enteignung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rückgängig machen. [...]

Deshalb war meine Bitte, ich äußere sie wieder, dass man Brechts Gedicht »Fragen eines lesenden Arbeiters« auf die erste Seite des Programms schreibt. Denn dort ist die Frage aufgeworfen: »Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?« fragt er provozierend. Die Leute glauben heute immer noch, die Piëchs oder die Quandts oder die Klattens hätten die Felsbrocken herbeigeschleppt. Sie waren das aber nicht, es waren zig Tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die die Felsbrocken herbeigeschleppt haben und die daher ein Anrecht darauf haben, ihr Eigentum geltend zu machen. Diese Frage war übrigens eine Frage, die breit in allen Parteien nach dem Kriege diskutiert worden ist. Wenn ich beispielsweise jetzt so formulieren würde: Wir müssen den Feudalismus in der Wirtschaft überwinden, dann ist das eine Formulierung, wie sie beispielsweise ein Christdemokrat namens Karl Arnold direkt nach dem Kriege gemacht hat. Jawohl, der Feudalismus ist nicht überwunden, er ist nur eingekehrt in die Großbetriebe, wo man eben den Zehnten abverlangt, ich sage das jetzt einmal etwas simpel. Und diesen Feudalismus in der Wirtschaft, den wollen wir auch überwinden.

[...] Viele Menschen haben sich einfach daran gewöhnt zu glauben, dass die Eigentumsordnung, wie wir sie derzeit haben, gottgegeben sei und überhaupt nicht zu verändern ist. [...] Eigentumsordnung ist die Kernfrage, die Grundfrage der Bewegung. Sie entscheidet letztlich auch darüber, ob wir eine demokratische, eine soziale und eine ökologische Gesellschaft überhaupt aufbauen können. [...]

## **Für eine neue Protestkultur**

Und wenn wir dafür plädieren, auch den politischen Streik zur Grundlage der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu machen, dann fordern wir nichts anderes als gesellschaftliche Normalität. Weil es ein Fehler war hier in Deutschland von allen Beteiligten, unter Protest nur zu verstehen, dass man sich versammelt, eine Rede hält, dann gehen alle Bier trinken und anschließend nach Hause. So zerstört man die Protestkultur in Deutschland. Wir brauchen die Erfahrung, dass Proteste auch etwas in Bewegung setzen, und da können wir von den europäischen Nachbarn lernen. Deshalb sind wir stolz darauf, dass wir dieses Thema gesetzt haben.

Wenn heute der Vorsitzende von ver.di dieses Thema aufnimmt und bejaht [...] oder wenn es vor einiger Zeit die IG Bau beschlossen hat, obwohl die Gewerkschaftsführungen in einer falschen Tradition in Deutschland immer ablehnend sind, dann ist das doch ein Erfolg! Wir wollen, dass wir demokratische Zustände bekommen, und Demokratie heißt nun einmal, eine Gesellschaft zu bauen, in der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen. Noch sind wir – siehe Hartz IV, Agenda 2010, Steuergesetzgebung – eine Gesellschaft, in der sich Interessen der Minderheit durchsetzen: Niedriglohnsektor über 20 Prozent! Wir wollen aber eine Gesellschaft, in

der sich die Interessen der Mehrheit durchsetzen, und ein Instrument dafür ist der politische Streik.

## **Krieg ist die schlimmste Umweltzerstörung**

Nun komme ich zu dem Thema der Außenpolitik. [...] Ich glaube, wir müssen doch [...] ausgehen von dem, was wir in den letzten Jahren erfahren haben. Und selbst wenn die eine oder andere wirklich der Meinung war, dass die sogenannten militärischen Interventionen zum Frieden beitragen würden. Dann ist spätestens nach Afghanistan, nach dem Irak-Krieg klar, dass solche Interventionen viel Schlimmeres bewirken, dass sie zum Tod Tausender, ja Hunderttausender unschuldiger Menschen führen und dass wir da niemals Ja sagen werden zu solchen Interventionen. Natürlich müssen wir konsequent bleiben und jetzt nicht sofort das Ende jeder Bewaffnung und jedes Militärs ausrufen. Dass das ein Wunsch ist, ist völlig klar. Wenn wir uns aber einbinden wollen in die Sicherheitspolitik der Staatengemeinschaft, dann ist die Formulierung, die wir bereits beschlossen haben, ernst zu nehmen: Wir wollen die Umwandlung der NATO in ein kollektives Sicherheitssystem. [...] Das können wir aber nur innerhalb des internationalen sicherheitspolitischen Dialogs. Wenn wir Abrüstung und degressive Verteidigung durchsetzen wollen, dann können wir das nicht, wenn wir uns aus dem Dialog ausschalten. [...]

## **DIE LINKE ist eine demokratische, eine soziale und ökologische Erneuerungsbewegung.**

Wenn die Frage aufgeworfen wird, wie man gute Wahlergebnisse erreichen kann, dann gibt es eine ganz entscheidende Antwort. Die Antwort lautet: Man muss Vertrauen aufbauen. Und dieses Vertrauen ist verdammt schwer zu erwerben. Und gerade die Wählerinnen und Wähler der Linken sind besonders empfindlich, wenn es darum geht, ob Vertrauen eingebracht worden ist, und ob dieses Vertrauen auch gerechtfertigt war. Denn sie gehören ja gerade zu denen, die so oft enttäuscht, so oft ausgegrenzt worden sind, dass sie kaum noch in der Lage sind, Vertrauen aufzubringen. Und deshalb haben wir wie keine andere Partei die Aufgabe, Vertrauen aufzubauen und glaubwürdig zu sein. Glaubwürdig in unserem praktischen Handeln als politische Partei. [...] Wir haben vor einigen Jahren formuliert: DIE LINKE ist eine demokratische Erneuerungsbewegung. Man müsste weiter formulieren: DIE LINKE ist eine demokratische, eine soziale und ökologische Erneuerungsbewegung. Und es ist unsere Aufgabe, durch glaubwürdige Politik diesen Prozess zu ermöglichen, auf den nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt wartet. [...]

*Rede auf dem Programmkonvent der LINKEN am 07. November 2010 in Hannover.  
Gekürzte Fassung eines Abdruckes aus "junge Welt" vom 10. November 2010. Die  
vollständige Rede ist auf [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de) dokumentiert*

# Ein paar bessere Regeln reichen nicht!

*Von Sahra Wagenknecht*

Kaum war der Entwurf für ein neues Parteiprogramm der LINKEN veröffentlicht, schäumte es im politischen Establishment. Besonders wütend fiel die Reaktion der SPD aus. Generalsekretärin Nahles machte im Entwurf »DDR-Nostalgie« und »kleinbürgerliche Allmachtsphantasien« aus. SPD-Vize Scholz spricht von einem »Programm voller wilder Worte und unerwachsener Verstaatlichungsforderungen«. Der wirtschaftspolitische Sprecher, Garrelt Duin, hält den Entwurf für »komplett gaga«. »Neokommunistische Grundzüge« wittert der Parlamentarische Geschäftsführer Oppermann und stellt fest: »Wenn das Programm so kommt, dann wird es auf sehr lange Sicht keine Zusammenarbeit der SPD mit der Linkspartei auf Bundesebene geben können«.

Und SPD-Chef Gabriel macht klar, was er erwartet: »Die Reformer müssen endlich mal kämpfen um ihre Partei! Ob sie sich durchsetzen, werden wir erst wissen, wenn Die Linke endlich ihr Grundsatzprogramm beschließt.«

Soweit, so verständlich. Der vorliegende Programmentwurf hat ein klares Profil. Er ist antikapitalistisch und beharrt auf der Möglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung mit veränderten Eigentumsverhältnissen. Er sagt eindeutig und ohne Hintertürchen Nein zu jedweden Kriegseinsätzen. Er formuliert antineoliberale Reformschritte und Haltelinien linker Politik: Privatisierungen, Sozial- oder Personalabbau dürfen von einer LINKEN, die ihre Glaubwürdigkeit nicht verspielen will, nicht mitgetragen werden. Er besteht auf der Notwendigkeit außerparlamentarischer Gegenwehr, von Demonstrationen bis zum politischen Generalstreik.

Dass dieses Programm die Machthabenden erbost, verwundert nicht. Die oberen Zehntausend und ihre Medienkonzerne haben Angst vor einer politischen Kraft, die die Einkommensmillionäre und Vermögenden nicht länger mästen will und ein Wirtschaftssystem infrage stellt, welches Reiche reicher und die Mehrheit ärmer macht. Furcht vor einer starken LINKEN hat auch die SPD, die von Steinmeier über Heil bis zu Gabriel und Nahles von Leuten angeführt wird, die an der Umsetzung des brutalsten Sozialabrissprogramms der bundesdeutschen Geschichte persönlich beteiligt waren und die unverändert zum Kern der Agenda 2010 stehen: Hartz IV, Zerschlagung der gesetzlichen Rente, Billigjobs und natürlich Kriegseinsätze. Nichts empfindet die SPD so sehr als Bedrohung wie eine erstarkende LINKE, die sie mit konsequenten Positionen vor sich hertreibt. Ihr Wunsch, dass DIE LINKE sich schwächt, indem sie ihr Profil verwässert, ist daher verständlich. Allerdings wären wir außerordentlich schlecht beraten, wenn wir diesem Wunsch folgen würden.

Unterdessen hat der Programmentwurf auch aus den eigenen Reihen manch harsche Reaktion erfahren. Für Klaus Lederer entwirft er eine »Horrorwelt, die von einigen hundert Unternehmen und Individuen beherrscht wird und sich am Abgrund befindet.« Und für das Forum Demokrati-

scher Sozialismus (fds) zeichnet der Entwurf »das Bild eines Kapitalismus, der nur destruktiv ist und keinerlei Reformfähigkeit besitzt«.

Tag für Tag sterben auf diesem Planeten ungefähr 100 000 Menschen an Hunger oder seinen Folgen. Etwa eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt. Mindestens 100 Millionen wurden allein infolge der Finanzkrise zusätzlich in Armut gestürzt. Jean Ziegler beschreibt die Situation so: »Das Recht über Leben und Tod dieser Milliarden von Menschen üben die Herren des globalisierten Kapitals aus. Durch ihre Investitionsstrategien, ihre Währungsspekulationen, die politischen Bündnisse, die sie eingehen, entscheiden sie Tag für Tag darüber, wer das Recht hat, auf diesem Planeten zu leben, und wer dazu verurteilt ist, zu sterben.« Malt, wer das Grauen, die Armut, die Kriege, die milliardenfach zerstörten Lebensperspektiven beschreibt, eine »Horrorwelt«?

Auch in den Industrieländern ist der Traum vom »Wohlstand für alle« ausgeträumt. Der Lebensstandard von Mehrheiten sinkt, für manche dramatisch. In den USA liegen die realen Jahreseinkommen von etwa 90 Prozent der Bevölkerung kaum oberhalb des Niveaus der siebziger Jahre. Von jedem Dollar, um den das Realeinkommen zwischen 1976 und 2007 gewachsen ist, fließen 58 Cent in die Taschen des reichsten ein Prozent. Nicht viel besser in Deutschland. Die reale Lohn- und Gehaltssumme liegt trotz der gefeierten neuen Arbeitsplätze – mehrheitlich Mini- oder Billigjobs – auf dem Niveau von 1991. Konzerne fahren Forschungs- und Entwicklungsausgaben zurück, um die Dividende für die Shareholder hochzuhalten. Großbanken finanzieren lieber aberwitzigste Finanzwetten als innovative Kleinunternehmen.

Der Kapitalismus befindet sich in seiner tiefsten Krise seit den 30er Jahren, und die Ursache dieser Krise liegt nicht in ein paar fehlenden Regeln, sondern im Profitprinzip: Solange privatkapitalistisches Eigentum die Wirtschaft dominiert, entscheiden nicht gesellschaftliche Bedürfnisse, sondern allein die erwartete Rendite darüber, welche Investitionen stattfinden und welche unterbleiben, welche Arbeitsplätze vorläufig gesichert sind und wessen soziale Existenz vernichtet wird.

Die Financial Times Deutschland (FTD) rechtfertigte den Ölkonzern BP, der mit seiner missglückten Bohrung im Golf von Mexiko ein ökologisches Desaster angerichtet hat, folgendermaßen: »Selbst wenn er wollte, der Chef von BP könnte gar nicht einfach auf die umstrittenen Tiefwasserbohrungen verzichten. Er ist in seiner Funktion nicht der Gesellschaft verpflichtet, sondern seinen Arbeitgebern: den Eignern des Ölkonzerns. ... Wenn ein Unternehmen eine moralische Entscheidung trifft, die Rendite kostet, wird es langfristig nicht wettbewerbsfähig sein und von skrupelloseren Rivalen aus dem Markt gedrängt.« Wahrscheinlicher noch ist, dass der Chef von den Anteilseignern vorher einfach ausgetauscht würde. Insofern ist es nicht nur eine billige Rechtfertigung, wenn der ehemalige Kapitalmarktchef der Dresdner Bank seine Spekulationsorgen so rechtfertigt: »Wissen Sie, was passiert wäre, wenn ich in den guten Zeiten gesagt hätte, diese Papiere sind gefährlich? Man hätte mich rausgeschmissen.«

Der – auch von der Systemkonkurrenz erzwungene – sozialstaatliche Kompromiss kam in die Krise, als die Profitraten zu sinken begannen, weil das extreme Wachstum der Nachkriegsjahre nicht fortgeschrieben werden konnte. Der Neoliberalismus hat die Profite durch Lohndrückerei, Steuerdumping, Privatisierung und Deregulierung wieder nach oben getrieben. Die aufgrund sinkender Masseneinkommen verlorene Kaufkraft wurde durch wachsende Verschuldung ersetzt. Heute sind private wie öffentliche Haushalte so hoch verschuldet, dass dieses Modell an seine Grenze gekommen ist. Hier liegt der tiefere Grund der aktuellen Krise.

Zugleich hat der globalisierte Kapitalismus zu einer extremen Konzentration ökonomischer Macht geführt. 500 Wirtschaftsgiganten kontrollieren etwa die Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung. Daher setzt im heutigen Kapitalismus nicht mehr die Politik die Rahmenbedingungen für die Unternehmen, sondern die Konzerne schaffen sich das ihnen genehme und für sie profitable Umfeld und zwingen staatlichem Handeln den von ihnen gewünschten Rahmen auf. Sicher, diese Wirtschaftsmonster wurden von den Zauberlehrlingen der neoliberalen Politik aus der Flasche gelassen. Aber jetzt sind sie da. Jetzt blockieren sie mit ihrer Macht und ihrem Einfluss jede grundlegende Veränderung, die ihren Interessen widerspricht. Das bedeutet nicht, dass die Politik sich in den gesetzten Rahmen fügen muss. Es bedeutet lediglich, dass eine Veränderung der Entwicklungslogik nur möglich ist, wenn dem Kartell der Wirtschaftsgiganten die Grundlage seiner Macht entzogen wird: das Eigentum an den wirtschaftlichen Ressourcen und Kapazitäten dieser Welt.

Utopisch ist nicht das Ziel einer Überwindung des Kapitalismus. Utopisch ist es, unter heutigen Bedingungen immer noch zu glauben, durch ein paar bessere Regeln ließe sich die Deutsche Bank zum Mittelstandsförderer und Eon zum Vorkämpfer einer solaren Energiewende machen. Das spricht nicht dagegen, für Regeln zu kämpfen, solange man für weitergehende Forderungen keine gesellschaftliche Machtbasis hat. Es ist ebenso sinnvoll, die Banken zu verpflichten, höheres Eigenkapital vorzuhalten, wie es hilfreich wäre, in Deutschland einen Mindestlohn, eine Erhöhung von Hartz IV oder eine Millionärssteuer durchzusetzen. Man darf sich nur nicht einreden, dass durch solche Maßnahmen dem Kapitalismus eine andere Logik der Entwicklung aufgezwungen wird. Jede neue Regel oder Steuer setzt in den Konzernzentralen ganze Stäbe in Aktion, die sich mit nichts anderem als den Umgehungsmöglichkeiten beschäftigen. Ein Großteil der »Finanzinnovationen« hat keinen anderen Zweck als regulatorische Vorschriften zu umgehen oder Steuern zu sparen. Das herrschende Ungleichgewicht zwischen Wirtschaft und Politik und die damit verbundene Aushöhlung der Demokratie ist nur durch eine Neuordnung des wirtschaftlichen Eigentums zu überwinden. Wer den Leuten einredet, es gäbe eine kleinere Lösung, macht ihnen etwas vor.

Der Programmentwurf fordert öffentliches Eigentum in der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur, der Energiewirtschaft und dem Finanzsektor. Außerdem wird die Vergesellschaftung »weiterer strukturbestimmender Bereiche« durch kommunales, genossenschaftliches und Belegschaftseigentum verlangt. Tatsächlich sind diese Ziele kaum viel weitergehender als die vieler Landes-

verfassungen. So fordert etwa Artikel 52 der Saarländischen Landesverfassung: »Schlüsselunternehmungen der Wirtschaft (Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, andere Bodenschätze, Energiewirtschaft, Verkehrs- und Transportwesen) dürfen wegen ihrer überragenden Bedeutung für die Wirtschaft des Landes oder ihres Monopolcharakters nicht Gegenstand privaten Eigentums sein ... Alle wirtschaftlichen Großunternehmen können durch Gesetz aus dem Privateigentum in das Gemeinschaftseigentum übergeführt werden, wenn sie in ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer Wirtschaftsführung und ihren Wirtschaftsmethoden das Gemeinwohl gefährden.« Im Grunde wäre das ein Auftrag, mindestens alle Dax-Konzerne zu vergesellschaften, deren Renditefixierung seit Jahren deutlich »das Gemeinwohl gefährdet«.

Um öffentliches Eigentum zu diskreditieren, wird oft auf Beispiele öffentlicher Unternehmen verwiesen, die ebenso profitorientiert (Vattenfall) oder spekulationsfreudig (Landesbanken) agieren wie private. Aber niemand hat behauptet, dass öffentliches Eigentum per se ein Garant für vernünftiges Wirtschaften ist. Das ist es nur, wenn es zusätzlich vernünftigen Regeln und demokratischer Kontrolle unterworfen wird. Eine Überwindung kapitalistischen Eigentums ist keine Garantie, aber es ist die Voraussetzung dafür, dass überhaupt andere Prioritäten gesetzt werden können.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts emnid vom August 2010 wünschen sich 88 Prozent der Deutschen eine »neue Wirtschaftsordnung«. Der Kapitalismus sorge weder für »sozialen Ausgleich« noch für den »Schutz der Umwelt« oder »sorgfältigen Umgang mit Ressourcen«. Einen Teil der Menschen, die so denken, haben wir nach Gründung der LINKEN als Wähler unserer Partei gewonnen. Immer mehr allerdings wenden sich ab vom eingefahrenen Politbetrieb, den sie als korrupt und beliebig empfinden. Diese Menschen muss DIE LINKE erreichen, wenn sie – in Verbindung mit gesellschaftlichen Protestbewegungen – zu einem tatsächlichen Machtfaktor werden will. Aber gerade sie haben kein blindes Vertrauen mehr. Sie haben einfach zu oft erlebt, dass ihnen Oppositionsparteien das Blaue vom Himmel versprechen, nach der Wahl aber das Gegenteil tun. Wer annimmt, die LINKE sei eine Partei wie alle anderen, der erwartet von ihr auch das gleiche wie von allen anderen: also nicht viel.

DIE LINKE kann die wachsende Zahl der Nichtwähler nur erreichen, wenn sie eine Politik macht, die aus den üblichen Mustern herausfällt. Das schließt ein, zu den eigenen Grundsätzen zu stehen und sich nicht darum zu kümmern, ob sie SPD oder Grünen gefallen. Es schließt ein, die Verhältnisse nicht, wie alle anderen, schönzureden, sondern ihre Brutalität und Hässlichkeit beim Namen zu nennen. Das schließt ein, an der bedingungslosen Ablehnung von Krieg festzuhalten und die Entscheidung darüber auch nicht zu vertagen, wie das fds es sich wünscht. Und es schließt ein, immer wieder deutlich zu machen, dass der Kapitalismus nicht alternativlos ist. Die Grundausrichtung des Programmwurfes sollte daher nicht verwässert werden.

# Der Kampf ist eröffnet: DIE LINKE soll Bürgerrechtspartei werden

*Von Marianna Schauzu*

Der Entwurf für ein Programm der Partei Die Linke erfährt Widerspruch. Die stellvertretende Bundestagspräsidentin Petra Pau lehnt ihn ab: »Ich würde dem Entwurf, so wie er ist, nicht zustimmen. Er ist mir zu schwarz-weiß. (...)«. Sie wünscht sich statt dessen eine »moderne sozialistische Bürgerrechtspartei«. [1]

Wer den Kampf um die Geschichte gewinnt, der gewinnt auch die Zukunft. Das gilt besonders für Die Linke, die sich auf die Arbeiterbewegung beruft. Petra Pau weiß, dass man ihr nur eine grundsätzlich andere Richtung geben kann, wenn man hierfür auf linke Klassiker zurückgreift. In einem Vortrag [2] hat sie dies versucht: Mit Friedrich Engels, Karl Marx und Rosa Luxemburg.

## Engels' Mahnung

Petra Pau begann ihren Vortrag mit einem Zitat: »Friedrich Engels schrieb am 5.3.1892 an Karl Kautsky: ›Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muss man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst!« (Engels an Kautsky, Brief vom 5. März 1892, MEW 38, S. 288)«. Für sie ist klar: »Im Zentrum des politischen Liberalismus steht demnach die individuelle Freiheit des Menschen. Ein Sozialismus, der die individuellen Freiheitsrechte missachtet, ist kein Sozialismus. Mehr noch: Für Friedrich Engels war der Liberalismus die ›Wurzel des Sozialismus.«

Nun ist es kein Geheimnis, dass der Sozialismus der DDR, erhebliche rechtsstaatliche Mängel aufwies. Dies war einer der Gründe für seinen Niedergang. Uwe-Jens Heuer und Hermann Klenner haben überzeugend herausgearbeitet, was da in der DDR falsch lief. So sind, nach Klenner, »die im Artikel 138 der DDR-Verfassung von 1949 vorgesehenen Verwaltungsgerichte gar nicht erst etabliert worden, ein eindeutiger Verfassungsbruch.« [3] Die von Pau im Weiteren erhobene Forderung: »Wer einen Demokratischen Sozialismus anstrebt, muss die individuellen Freiheitsrechte jedes Bürgers und jeder Bürgerin hochhalten und verteidigen« ist denn auch nicht umstritten.

## Es geht um mehr

Doch Petra Pau geht es um mehr. Mit Hilfe von Engels will sie den Liberalismus in die Programmatik der Linkspartei hineinbringen. Sie sagt: »Für Friedrich Engels war der Liberalismus die ›Wurzel des Sozialismus« (...).« Doch stimmt das überhaupt?

Engels behandelt in seinem Schreiben zunächst eine ganze Reihe von Fragen. Dann kommt er zu politischen Ereignissen im Berlin jener Tage, wo es Proteste gegeben hatte. Zum Hintergrund: Im Februar 1892 war es im Berliner Zentrum zu Arbeitslosenunruhen gekommen. Die Sozialdemokratie hatte sich von diesen spontanen Protesten distanziert, auch aus Sorge, dass sie erneut in die Illegalität verbannt werden könnte.

Die entscheidende Passage des Engels-Briefes, aus der Pau zitiert, hat nun folgenden Wortlaut: »Ich glaube nicht, dass Du vorderhand gefährdet bist. Die Berliner Gelüste sind so wackelig und vielseitig, dass keins zur wirklichen Befriedigung kommt – jetzt sind die liberalen Bourgeois plötzlich bête noire (die Angstgegner – M.S.). Der Liberalismus ist die Wurzel des Sozialismus, will man also radikal verfahren, so muß man den Liberalismus kaputtmachen, dann verdorrt der Sozialismus von selbst. Dies ausgezeichnet schlaue Manöver können wir uns einstweilen mit stiller Heiterkeit ansehen. Sind erst die liberalen Philister wild gemacht (...) dann ist's auch mit Schreckschüssen gegen uns vorbei. Abgesehn davon, daß es auch Machthaber in Deutschland gibt, denen dieser Berliner Wind anjehem sein dürfte, um sich ihm gegenüber wohlfeil populär zu machen (...).« [4]

Jeder verständige Leser erkennt was Engels mit der Bezeichnung des Liberalismus als »Wurzel des Sozialismus« gemeint hatte. Er gibt damit den Gedankengang der preußischen Aristokraten und Junker wieder, die zu dieser Zeit den liberalen Bourgeois als ihren Hauptfeind ausmachten. Engels macht sich über »dies ausgezeichnet schlaue Manöver« lustig und rät dazu, es »mit stiller Heiterkeit« anzusehen.

## Groteske Verdrehung

Auf den Kampf Aristokratie gegen Bourgeoisie geht Engels auch in einem Brief an Friedrich Adolph Sorge ein. Darin belustigt er sich über die Ansichten Kaiser Wilhelms II., dass die Sozialdemokraten Abkömmlinge des Liberalismus seien: »Zum Glück richtet sich die regis voluntas, die so gern suprema lex würde, heut gegen uns und morgen gegen die Liberalen, und nun hat er gar entdeckt, daß alles Pech von den Liberalen kommt, deren Abkömmlinge wir sind – das haben ihm seine Pfaffen beigebracht.« [5]

Das von Petra Pau angeführte Engels-Zitat ist aus dem Zusammenhang gerissen und grotesk verdreht. Den Liberalismus als eine der Wurzeln des Sozialismus auszugeben, widerspricht dem gesamten Denken und Werk von Marx und Engels.

Über die Bedeutung des Begriffs Liberalismus heißt es in dem von Wolfgang Fritz Haug herausgegebenen »Kritischen Wörterbuch des Marxismus« denn auch: »Der Begriff Liberalismus gehört zum politischen Wortschatz des Bürgertums (...). Der marxistische Diskurs enthält keine Definition dieses Ausdrucks, den er sich historisch auch nicht zu eigen gemacht hat (...) Der Liberalismus darf nicht als abstrakte Haltung, sondern muß als Klassenverhalten aufgefasst werden.« [6]

## Von Rosa nur ein Satz

Kommen wir zur nächsten angerufenen Größe marxistischen Denkens, zu Rosa Luxemburg. Über sie sagt Pau: »Schon Rosa Luxemburg erstrebte einen ›demokratischen Sozialismus‹. Bekannt ist ihr Zitat: ›Die Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.« Pau zitiert nur diesen einen Satz. Doch erst wenn man ihn im Kontext liest, versteht man ihn. Der ganze Absatz lautet: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ›Freiheit‹ zum Privilegium wird.« [7]

Mit ihrem Hinweis, dass sie die Freiheit nicht »wegen des Fanatismus der ›Gerechtigkeit‹« für wichtig hält, sondern weil die Freiheit für die Bewegung, für den erfolgreichen Kampf, für die Behauptung der Revolution notwendig ist, hatte Luxemburg klargestellt, wie sie diesen Satz verstanden wissen wollte: eingebettet in eine konkrete Analyse der konkreten Situation. In einer neuen Biographie über Rosa Luxemburg schreibt Dietmar Dath: »Verkürzt man das Denken der streitbaren Gelehrten auf solche Maximen und Sentenzen, dann unterschlägt man, dass für Marxisten wie sie alle Ideen, auch die richtigsten und die schönsten, Momente eines dynamischen Prozesses sind, nicht Gebote vom Berg Horeb. Theoretiker dieser Schule sind strenge Historisten: Sie glauben, dass das, was Tatsachen und Ideen bedeuten, jederzeit und überall historischen Veränderungen unterworfen ist.« [8] Und so ist es überhaupt nicht überraschend, dass Rosa Luxemburg in anderen historischen Situationen zu anderen Schlüssen kam. Noch einmal Dietmar Dath: »Bei der Bodenverstaatlichung, Zerschlagung der letzten ständischen Reste in der Landwirtschaft, quasi-militärische Reformierung der Industrie, bei der Agrarkollektivierung etwa gingen ihr gerade die Bolschewiki anfangs keineswegs zu weit, sondern im Gegenteil nicht weit genug. (...)« [8]

## Verstümmelte Zitate

Nur einen einzigen Satz zitiert Petra Pau auch dort, wo sie Karl Marx sprechen lässt: »Die Linke wiederum beruft sich auf Karl Marx, wonach die Freiheit jedes einzelnen die Voraussetzung für die Freiheit aller ist.« Gemeint ist hier eine Aussage aus dem Manifest der Kommunistischen Partei, das allerdings von Karl Marx und Friedrich Engels stammt. Dort heißt es: »Sind im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter. Die politische Gewalt im eigentlichen Sinne ist die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer andern. Wenn das Proletariat im Kampfe gegen die Bourgeoisie sich notwendig zur Klasse vereint, durch eine Revolution sich zur herrschenden Klasse macht und als herrschende Klasse gewaltsam die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, so hebt es mit diesen

Produktionsverhältnissen die Existenzbedingungen des Klassengegensatzes, die Klassen überhaupt, und damit seine eigene Herrschaft als Klasse auf. An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.« [9]

Betrachtet man die Aussage von Marx und Engels auch hier im Kontext, so kann kein Zweifel daran bestehen, was beide meinten. Sie sprechen von der »Aufhebung des Klassengegensatzes«, der »Klassen überhaupt« und damit am Ende auch von der Aufhebung der Herrschaft des Proletariats als Klasse. Dem geht naturgemäß die Revolution voraus. Marx und Engels sagen es gleich am Anfang klar und deutlich: »(Sind) im Laufe der Entwicklung die Klassenunterschiede verschwunden und ist alle Produktion in den Händen der assoziierten Individuen konzentriert, so verliert die öffentliche Gewalt den politischen Charakter.« Wohlgemerkt: Erst dann ist eine »Assoziation« denkbar, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«

## **Verdeckter Angriff**

Hat Petra Pau so mit verdrehten Zitaten der Klassiker erst einmal ihr ideologisches Gebäude gezimmert, geht sie zum Angriff über. »Etliche Protagonisten der Linkspartei waren der Meinung, im Zweifelsfall müsse das Soziale vor der Freiheit rangieren. ›Was nützt einem verarmten und AIDS-kranken Afrikaner die Pressefreiheit?‹ Das war nur eine Floskel, die als Argument für diese Position eingeführt wurde." Petra Pau sagt aber nicht, dass diese »Floskel« von Oskar Lafontaine stammt. Dabei hatte Oskar Lafontaine mit seinen Worten nur eine alte linke Binsenweisheit in Erinnerung gerufen. Auf dem Cottbusser Parteitag der Linken wandte sich Lafontaine an seine Kritiker: »Wenn man sich zur Begrifflichkeit äußern will, muss man zwei Termini kennen, und die heißen nun einmal: hinreichend und notwendig. Und für die Freiheit gilt folgendes: Notwendig für die Freiheit ist selbstverständlich die politische Freiheit und die geistige Freiheit. Notwendig für die Freiheit ist selbstverständlich die soziale Gleichheit, denn es ist nun einmal richtig, den AIDS-Kranken in Afrika nützt die politische und geistige Freiheit wenig. Aber hinreichend für die Freiheit sind nur beide zusammen. (...)!«

Petra Pau unterschiebt seinen Worten einen anderen Sinn: » Bürger- und individuelle Freiheitsrechte werden verhandelbar, wenn dies vermeintlich der sozialen Gerechtigkeit dient.« Genau das hat Lafontaine nie gesagt. Lothar Bisky hat kürzlich im Neuen Deutschland einen Artikel über die ungute Verdächtigungskultur in der Partei Die Linke veröffentlicht. Bei Petra Pau kann er fündig werden.

Mit dem formulierten Anspruch der libertären Linken, aus der Partei Die Linke eine »moderne, sozialistische Bürgerrechtspartei« machen zu wollen, hat die Debatte um das Programm eine Zuspitzung erfahren. Der Kampf um die Identität der Partei ist eröffnet.

- [1] so Petra Pau auf dem Landesparteitag der Berliner LINKEN am 24.04.2010.
- [2] [www.die-linke-reinickendorf.de/politik/dokumente/petra\\_pau\\_zur\\_programm\\_debatte/](http://www.die-linke-reinickendorf.de/politik/dokumente/petra_pau_zur_programm_debatte/)
- [3] Hermann Klenner, Deutsche Verfassungsprobleme – Geschichte und Gegenwart, in: Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie, Heft 32, Dezember 2009, S.56. Vgl. auch Uwe-Jens Heuer (Hg.), Die Rechtsordnung der DDR. Anspruch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1995.
- [4] Friedrich Engels an Karl Kautsky, Brief vom 5. März 1892, MEW 38, S. 288.
- [5] Friedrich Engels an Friedrich Adolph Sorge, Brief vom 5. März 1892, MEW 38, S. 290.
- [6] Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 4, Stichwort Liberalismus, Berlin 1986, S. 774 f.
- [7] Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Band 4, 6. Aufl., Berlin 2000, S. 359.
- [8] Dietmar Dath, Rosa Luxemburg, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, S. 67 f.
- [9] a.a.O., S. 131.
- [10] Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW 4, S. 482.

*Der Beitrag von Marianna Schauzu wurde von uns gekürzt. Die vollständige Version erschien unter der Überschrift "Der Kampf ist eröffnet" in der jungen Welt (jW) vom 15./16.05.2010. Ungekürzt ist er vollständig auf [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de) nachlesbar.*

# Was ist das Subjekt der Veränderung?

*Von Andreas Wehr*

Der Begriff der Klasse findet sich genau dreimal im Entwurf des Grundsatzprogramms für die Partei DIE LINKE. Im Übrigen wird über Klassen und über Klassengesellschaft geschwiegen. Doch wer ist der soziale Träger jener Politik, die im Programmentwurf gefordert wird? An wen appelliert DIE LINKE mit ihren Forderungen? Was ist das Subjekt, das die gesellschaftlichen Veränderungen durchsetzen kann?

In der Präambel des Entwurfs heißt es: „Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative.“ (S.3) In „Europa und weltweit mit Bürgerinnen und Bürgern auf der Suche“ - sehr präzise ist das nicht gerade.

Im Abschnitt I, steht unter der Überschrift „Woher wir kommen, wer wir sind“ gleich im ersten Satz: „DIE LINKE knüpft an linksdemokratische Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an.“ (S.5) Einige Absätze später werden diese „anderen emanzipatorischen Bewegungen“ näher bestimmt. Es handelt sich danach um die „neue Frauenbewegung“, die „Umweltbewegung“, um „internationalistische Gruppen“ und um die „Friedensbewegung“. Wir begegnen hier also wieder den uns aus den 70er und 80er Jahren der alten Bundesrepublik so vertrauten „neuen sozialen Bewegungen“. So bezeichneten sie sich damals selbst, um sich von der „alten“ sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, abzusetzen, von der die Intellektuellen seinerzeit so enttäuscht waren, war sie doch so wenig revolutionär und kämpferisch.

Der Entwurf appelliert an vielen Stellen abstrakt an „die Bevölkerung“ und an „die Menschen“, die sich als Betroffene wehren sollen. Hierzu einige Zitate: „Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand....“ (S.5). „Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung...“ (S.9) Es sollen die „Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt werden.“ (S. 14) Besonders lyrisch ist die folgende Formulierung: „Die Menschen sind von Klimaerwärmung und sozialer Kälte bedroht.“ (S. 10) An anderer Stelle heißt es: „Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solidarisch mit anderen zusammenwirkt.“ (S. 11) Dann heißt es wieder: „Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der sozial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen.“ (S. 11) Ein wenig später kann man lesen: „Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu gewährleisten. (...) Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess teilnehmen

können.“(S.11) Im Entwurf wird von der „Grundversorgung der Menschen“ und von ihrem „Bedarf“ gesprochen. (S. 12). „DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen kann...“ (S.14) „Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren Interessen widerspricht.“ (S.23) Und schließlich: „Immer mehr Menschen lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab...“ (S.25) Es wird schließlich noch allgemeiner: „Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können.“ (S.16) Da fragt man sich doch beim aufmerksamen Lesen: Wenn jeder soziale Sicherheit bracht, so denn auch Josef Ackermann. Dem Menschen begegnet man bei der weiteren Lektüre des Textes noch mehrfach. In Abwandlung einer allseits bekannten und berüchtigten Aussage könnte man sagen: DIE LINKE kennt keine Klassen mehr, sie kennt nur noch Menschen. Oder: Der Mensch steht im Mittelpunkt, wie es immer so schien in der DDR hieß.

Es ist ganz offensichtlich, dass man in dem Programmentwurf von Klassen und auch von Klassenkampf nicht viel wissen will. Eine andere Politik wird von der LINKEN abstrakt im Interesse „der Menschen“ bzw. der „Bevölkerung“ vorgeschlagen. Bevölkerung ist dabei aber nur eine Umschreibung von Volk. Und damit bin ich bei meiner Schlussfolgerung aus all dem eben Gesagten. DIE LINKE will sich mit diesem Entwurf als Volkspartei präsentieren. Ihre Vorschläge für eine andere Politik sind nicht interessengeleitete. Sie präsentieren sich vielmehr als schlicht vernünftige Forderungen. Dies ähnelt den Positionen der Kathedersozialisten, über die sich Friedrich Engels im 19. Jahrhundert mokierte. Man kann dieses Denken aber auch in die Tradition von Kant stellen. In der Sozialdemokratie gab es Anfang des 20. Jahrhunderts die sogenannte neokantianische Schule, die die Notwendigkeit des Sozialismus aus dem Kantschen Vernunftprinzip zu erklären versuchte. Wie auch immer. Mit Marx und Engels, die die Geschichte bekanntlich als Geschichte von Klassenkämpfen interpretierten und die vom antagonistischen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgingen, hat das alles nichts zu tun. Von einer materialistischen Geschichtsauffassung findet sich im Programmentwurf nichts. Er folgt vielmehr der bürgerlichen Sichtweise vom „Abschied vom Proletariat“, wie ein André Gorz sie bereits 1980 verkündete. Präsentiert wird ein "Kapitalismus ohne Klassen", wie es der Soziologe Ulrich Beck formulierte. Es ist die soziologische Sichtweise, ein Denken in Begrifflichkeiten von Schichten und sozialen Lagen, die den Programmentwurf beherrscht.

## **Die zentrale Bedeutung der Arbeiterklasse**

Weshalb aber ist eine sozialistische Programmatik ohne das Insistieren auf der zentralen Bedeutung der Arbeiterklasse nicht vorstellbar? Es ist die von Karl Marx und Friedrich Engels hervorgehobene besondere Rolle der Lohnabhängigen auf die es ankommt. Genauer gesagt: Es ist der Doppelcharakter ihrer Stellung im Produktionsprozess – zum einen Objekt der Ausbeutung und Abhängigkeit, zum anderen Hauptproduktivkraft zu sein –, die die Lohnabhängigen zu einer

potentiell revolutionären Kraft macht, und sie damit als einzige Klasse in der Lage versetzt, dem Kapital die Herrschaft zu entreißen.

Zur Erläuterung was damit gemeint ist, will ich hier aus einer programmatischen Erklärung zitieren, die 1980 – also vor 30 Jahren – beschlossen wurde. Es handelt sich um die Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD. An ihrer Ausarbeitung war ich seinerzeit als Jungsozialist beteiligt. In These 23 heißt es dort:

„Die Arbeiterklasse ist im Kapitalismus zum einen Objekt kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Über die Ausbeutung und Abhängigkeit im Produktionsprozess erfährt sie tagtäglich ihre gesellschaftliche Stellung und zugleich die Notwendigkeit, sich kollektiv gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Zugleich aber ist die Arbeiterklasse der entscheidende Träger der vergesellschafteten Produktion, ist sie die Hauptproduktivkraft. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Stellung ist sie das gesellschaftliche Subjekt, das allein in der Lage ist, den Kampf gegen die Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive und der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Politische Veränderungen mit sozialistischer Perspektive sind nur möglich, wenn die Arbeiterklasse sich ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer objektiven Interessen, soweit sie über die kapitalistische Gesellschaftsformation hinausreichen, in weiten Teilen bewusst wird und entsprechend handelt.“[1]

Die hier in der These 23 gleich am Anfang benannte „gesellschaftliche Stellung“ der Lohnabhängigen im Produktionsprozess ist eine „der Unsicherheit der Lebensstellung“. Erst diese „Unsicherheit“ macht sie nach Friedrich Engels „zu Proletariern.“ (vgl. MEW 2, S. 344)

Marx beschreibt im ersten Band des Kapitals den unauflösbaren Zusammenhang zwischen immer größerem gesellschaftlichen Reichtum und gleichzeitig wachsender Verelendung: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. (...) Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Das ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“ (MEW 23, S. 673 f.)

Man beachte: Marx sieht in dieser Entwicklung „das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“

Für Marx ergibt sich die zentrale Bedeutung des Proletariats demnach aus dem Gesamtzusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft. Im Proletariat sieht er auch „keine mechanisch unter der Last der Gesellschaft gebeugte Menschenmasse, sondern eine Masse, die in deren scharfer Zersetzung (der bürgerlichen Gesellschaft, A.W.) ihren Ursprung genommen hat.“[2] Es ist dies die besondere Eigenschaft des Proletariats, dass es nicht aus einer bloßen Idee heraus oder aufgrund eines abstrakten Willens heraus entsteht, sondern permanent von der kapitalistischen Produktionsweise neu hervorgebracht wird. Und auch erst mit dieser Produktionsweise wird es wieder verschwinden. Dieses "zum Verschwinden bringen" bezeichnet Marx philosophisch als

die "historische Mission des Proletariats". Dies ist ein heute kaum noch gebrauchter Begriff, und wenn, dann wird er meist nicht verstanden und deshalb gern karikiert, so als sei es etwa die Aufgabe des Proletariats, für andere – etwa für die linken Intellektuellen – deren Geschäfte zu besorgen. Tatsächlich beschrieb Marx mit diesem Bild von der „Mission des Proletariats“ aber nur seine zu den Kapitalisten antagonistische Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

Und da es heute um den Entwurf eines Programms für eine linke Partei geht, will ich hier aus einem anderen, älteren Programm zu zitieren. Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“

[1] Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Sonderheft 2 der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft -spw, Berlin 1980 unter: [www.andreas-wehr/buecher.html](http://www.andreas-wehr/buecher.html)

[2] Michail Lifschitz, Karl Marx und die Ästhetik, Dresden 1957, S.113

*Bei diesem Artikel handelt es sich um eine gekürzte Fassung des Referats "Was ist das Subjekt der Veränderung?", gehalten auf dem Programmworkshop der Sozialistischen Linken Berlin am 31.10.2010, unter: [www.andreas-wehr.eu](http://www.andreas-wehr.eu)*

# **Klaus Lederer, das Eigentum und die Demokratie**

## **Anmerkungen zur Kritik des Programmentwurfs**

*Von Detlef Bimboes*

Klaus Lederer hat sich im ND vom 05.07.2010 in einem Beitrag mit der Eigentumsfrage im Programmentwurf der Partei Die Linke auseinander gesetzt. Dabei stellt er u. a. fest, dass „der gesellschaftliche Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung ... den Handelnden seine Zwänge auf(herrscht) und ... durch ihr Handeln gleichzeitig am Laufen gehalten“ werde. „Staatseigentum war und ist mit kapitalistischer Reproduktion verbunden“. Deshalb führe „die Entgegensetzung von privatem und kollektivem Eigentum, die im Entwurf überall durchschimmert, hier nicht weiter“. „Nicht in neben dem privaten existierenden staatlichen Eigentum liegt der Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage, sondern in der 'Vergesellschaftung' der Ökonomie als solcher: In der demokratischen Entscheidung der Gesellschaft über die Rahmenbedingungen (...). Also in der Entscheidung über das Grundsätzliche, im Primat der Politik über die ökonomische Reproduktionsweise (...).“ Und weiter sagt er: „Nicht die Lösung der Eigentumsfrage ist Voraussetzung für eine 'richtige' Demokratie im Morgen. Die heutige Demokratie ist Voraussetzung und Schlüssel zur Lösung der Eigentumsfrage. Kapitalistisches Privateigentum an Produktionsmitteln ist kein juristischer Titel, dessen Zuweisung an den Staatsapparat 'den Kapitalismus' aufhebt“. Die Eigentumsfrage soll also laut Lederer nur im Rahmen einer Verfügung aller über das Eigentum in ferner Zukunft gelöst werden, für die dann ökonomische und soziale Rahmenbedingungen bundesweit oder gerne auch europa- und weltweit gelten. Das hört sich gut an, dürfte aber nicht nur in der Gegenwart aufs falsche Gleis führen.

## **Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung in die Zange nehmen**

Hier werden von Lederer Dinge insgesamt falsch entgegengesetzt, verabsolutiert und irrig beurteilt. Warum? Das soll, ausgehend vom gesellschaftlichen Reproduktionsmechanismus der Kapitalverwertung, etwas näher beleuchtet werden. Dieser unterliegt ständigen politischen und ökonomischen Veränderungen. Das sieht Lederer auch so, allerdings mit einem Unterschied. So herrscht dieser Reproduktionsmechanismus den Handelnden zwar - wie Lederer richtig bemerkt - Zwänge auf, aber es sind - wie es bei ihm anklingt - beileibe keine unabänderlichen und allmächtigen Zwänge, die den Handelnden quasi schicksalhaft aufgeherrscht werden. Und an dieser Stelle muss man auf die Rolle des Staates zu sprechen kommen. Er ist in diesen Reproduktionsmechanismus einbezogen als Garant der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse und Instrument der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer Interessen. Dennoch vermag diese den Staat aufgrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüche niemals be-

liebig für sich einzusetzen. Welche Rolle der Staat in diesen Prozessen spielt und wie die Reproduktion konkret ausgeformt und durchgesetzt wird, wie Zwängen widerstanden oder nachgegeben wird, hängt von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und dem politischen Personal ab.

Kurzum, der Staat hätte sich, betrachtet man nur die jüngere Vergangenheit, nicht notwendigerweise dem Druck des Kapitals beugen müssen. Das Verschern öffentlichen Eigentums, die Privatisierung oder Teilprivatisierung von Krankenhäusern, Post und Bahn oder Wasserwerken war in der Vergangenheit nicht zwangsläufig. All die negativen Entwicklungen konnten in den vergangenen Jahren nur ihren Lauf nehmen, weil breiter öffentlicher Druck großer demokratischer Bewegungen fehlte, die Beherrschten sich teils ohnmächtig wähnten, teils sogar zustimmten und die Politik im Interesse der Herrschenden mehr oder weniger machen konnte, was sie wollte. Heute gilt mehr denn je: linke und andere demokratische gesellschaftliche Akteure müssen in den Reproduktionsmechanismus gestaltend eingreifen. Dabei kann es je nach Tiefe und Breite des demokratischen Prozesses zu mehr oder weniger Einflussnahme und Gestaltung in die gewünschte Richtung kommen. Also mehr Gemeinwohl vor Eigennutz, weniger statt mehr Profit, mehr statt weniger Umweltschutz, Rekommunalisierung statt Privatisierung. Letztlich geht es um nicht mehr und nicht weniger, als Breschen in den kapitalistischen Reproduktionsprozess für eine bessere Zukunft zu schlagen. Dafür gibt es im hier und heute jede Menge reformerischen Handlungsbedarf und vor allem Handlungsmöglichkeiten, die den Kapitalismus bis auf weiteres zwar nicht abschaffen, ihn aber zu notwendigen Anpassungen und Korrekturen bringen und zwingen können. Dazu gehört auch die Stilllegung von AKW's, selbst wenn das, was Lederer umtreibt, den dort Beschäftigten nicht gefällt. In solchen Fällen werden Übergangszeiträume – wie bereits geschehen und inzwischen ständig politisch von Aufhebung bedroht – festgelegt werden müssen, die soziale Härten abfedern und die Suche nach neuen Arbeitsplätzen erleichtern.

## **Staatseigentum als Teil künftigen Wirtschaftens**

Hat man dann auch noch staatliche Kommandohöhen in einer Bundesregierung erklommen, so ist es notwendig, die Finanzwirtschaft so rasch und so wirksam wie möglich an zentralen Stell-schrauben zu regulieren, damit wirtschaftliche Prozesse auch entsprechend gesteuert werden können. Beides gehört zusammen, sonst funktioniert gar nichts. In diesem Zusammenhang macht auch Verstaatlichung Sinn, die ja noch nicht Vergesellschaftung ist.

Staatseigentum, insbesondere ein struktur- und investitionsbestimmender Teil des Finanzsektors, ist dann nicht mehr schlichter Bestandteil kapitalistischer Reproduktion, sondern gestaltendes Element im Ringen um Veränderung. Es ist privater Kapitalverwertungslogik entzogen und im Nebeneinander von privaten und staatlichen Unternehmen können dann gesellschaftliche Interessen besser verfolgt und durchgesetzt werden. Worum geht es? Es geht langfristig

um genau das, was in den staatssozialistischen Ländern nie gewollt war und was deren Untergang mit herbeigeführt hat, nämlich um ein notwendiges Zusammenspiel von Markt und Plan. Genau das ist etwas, dem Klaus Lederer offensichtlich nichts abgewinnen kann und wo er aus deren und insbesondere dem Untergang der DDR völlig falsche Schlüsse zieht. Es geht, wie bereits angedeutet, um ein gewolltes Nebeneinander verschiedener Eigentumsformen: staatlichem, genossenschaftlichem und privatem mittlerem und kleinem Eigentum. Feste Bestandteile künftigen Wirtschaftens müssen politisch gewollte Rahmensetzung und Investitionssteuerung über Fonds in zentralen ressourcenverbrauchenden, stofflichen und materiellen Bereichen sein. Dazu gehören die Entwicklung und Entfaltung von funktionierenden Gütermärkten in wichtigen Bereichen, darunter der Versorgung mit Alltäglichem, Nahrung, Kleidung etc. Es ist selbstverständlich, dass dieser Weg nicht ohne Widersprüche, Irrtümer, Rückschläge sowie Such- und Findprozesse verläuft.

Und es ist ebenso selbstverständlich, dass dieser Weg gleichzeitig von einer tiefgreifenden Demokratisierung aller Entscheidungsprozesse und Lebensbereiche geprägt sein muss. Im Zuge dieses Prozesses geht dann – weit in die Zukunft gesehen – die Verstaatlichung in eine Vergesellschaftung über, die allgemeiner gesellschaftlicher Verfügung unterliegt. Diesen Entwicklungen werden sich große Finanz- und Kapitalinteressen vehement entgegen stemmen. Mit nur allgemeinen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Rahmensetzungen wird sich deren Widerstand allein und auf Dauer nicht bändigen lassen. Vor diesem Hintergrund vor staatssozialistischen Illusionen im Programmmentwurf zu warnen, wie es Lederer tut, ist schlicht abwegig. Die von ihm mit marxistischem Vokabular vorgetragene Utopie erzeugt nur Illusionen und taugt allenfalls für eine fernab liegende Zukunft. Seine Darlegungen sind nicht realitätstüchtig, weisen selbst Leerstellen auf, greifen zu kurz und lenken von den Aufgaben in Gegenwart und absehbarer Zukunft ab.

## **Deutschland, Europa und die Welt**

Dass die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft auf nationalstaatlicher Ebene durch die Europäisierung und Globalisierung schwieriger und teilweise nur unvollkommen gelingen dürfte, ist kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken und den Aufbruch nicht zu wagen. Dem Programmmentwurf ein bedenkliches Verharren im nationalstaatlichen Rahmen zu unterstellen, wie Lederer es tut, lässt sich dem Entwurf nicht entnehmen. Fakt ist doch, dass sich in den einzelnen Nationalstaaten gewaltige soziale und ökologische Probleme aufgehäuft haben. Zu ihrer Lösung bedarf es einer lokal und regional orientierten Binnenwirtschaft.

Sie muss Vorrang vor einer Exportökonomie haben, die die globalen Ressourcen plündert und den Armen der Welt buchstäblich die Luft zum Atmen nimmt. Hierzulande müssen endlich die Hausaufgaben gemacht werden, will das Gemeinsame Haus Europa nicht zu einer Ruine wer-

den. Hier wie in Europa gilt es, verlorenes Terrain wieder zu gewinnen und gemeinsam Wege in die Zukunft zu bahnen. Dabei kann man auch aus negativen Entwicklungen lernen.

Seit einiger Zeit schon spielt der Nationalstaat Deutschland gnadenlos seine ökonomische Stärke auf dem europäischen Parkett aus. Träte stattdessen eine starke deutsche, demokratische Bewegung auf das europäische Parkett und wäre beispielsweise eng verbunden mit einer eben solchen in Frankreich, dann könnte das allein schon aufgrund ihrer Kraft und Ausstrahlung auch zum Gelingen von vielem für eine gute Zukunft in beiden Ländern und in ganz Europa beitragen.

# Wirtschaftsdemokratie heute

## Überlegungen für die Erneuerung eines historischen Konzepts

*Von Harald Werner*

In der gegenwärtigen Debatte über Alternativen zum finanzmarktgetriebenen Kapitalismus taucht immer häufiger der Begriff Wirtschaftsdemokratie auf, meistens ohne näher definiert zu werden und die aktuelle Produktionsweise zu berücksichtigen. Schon deshalb stoßen viele als wirtschaftsdemokratisch bezeichnete Maßnahmen, wie etwa die Ausgabe von Belegschaftsanteilen oder die Mitbestimmung auf Unternehmensebene, auf Skepsis oder Ablehnung.

Tatsächlich wurde das Konzept der Wirtschaftsdemokratie entwickelt, als sich der Kapitalismus der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus wandelte, während wir in den vergangenen drei Jahrzehnten eine gegenteilige Tendenz beobachten können, so dass wir nicht nur vor der Aufgabe einer Weiterentwicklung der Wirtschaftsdemokratie stehen, sondern vor einer Neuformulierung. Wobei allerdings an die analytische Herangehensweise und strategischen Überlegungen des am Ende der 1920er Jahre formulierten Modells anzuknüpfen wäre. Drei Eckpunkte des damaligen Modells sind von bleibender Bedeutung. Erstens gingen die Autoren davon aus, dass Wirtschaftsdemokratie den Warencharakter der Arbeit einschränken und die Abhängigkeit von den Zuckungen des Marktes begrenzen sollte. Zweitens sollte das Konzept einen Weg zum Sozialismus bahnen und drittens eine im damaligen Kapitalismus ohnehin vorhandene Entwicklung nutzen, um ihr eine andere Richtung zu geben.

Bei einer Neuformulierung der Wirtschaftsdemokratie muss also überprüft werden, ob die vorgeschlagenen Maßnahmen wirklich die Marktabhängigkeit der Arbeit einschränken, einen Transformationsprozess einleiten und drittens von der gegebenen Produktionsweise ausgehen. Wobei das nicht heißt, diese Produktionsweise zu akzeptieren, aber man muss an sie anknüpfen, um ihre Entwicklungsrichtung zu verändern

### Das dialektische Moment der Wirtschaftsdemokratie

Man muss das alte Modell der Wirtschaftsdemokratie als eine konkrete Negation des damaligen Kapitalismus verstehen, weil es einerseits eine Alternative zur autoritären Monopolisierung wirtschaftlicher Macht darstellte, aber andererseits nicht zum Kapitalismus der freien Konkurrenz zurück wollte, sondern den organisierten Kapitalismus nutzen wollte, um dessen Machtstrukturen zu demokratisieren. Dies vor allem deshalb, weil der organisierte Kapitalismus bereits einen hohen Staatsanteil aufwies und es nahe lag, die dem Staat abgerungenen demokratischen Regeln auf die Wirtschaft zu übertragen. Tatsächlich hat sich diese Herangehensweise für die Arbeiterbewegung auch so lange als aussichtsreich erwiesen, wie der organisierte Kapi-

talismus ähnliche Steuerungselemente wie der Staat benutzte, beziehungsweise als staatsmonopolistischer Kapitalismus bezeichnet werden konnte. Wobei gleichzeitig eingestanden werden muss, dass der Kampf um Wirtschaftsdemokratie auch in den Zeiten des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses in den Anfängen stecken blieb. Es wäre freilich nicht nur defensiv, sondern auch undialektisch, deshalb auf die Neubegründung eines wirtschaftsdemokratischen Konzepts zu verzichten.

## **Von der Krise der fordistischen Regulierung zur Krise des deregulierten Kapitalismus**

Die fordistische Regulierung und der organisierte Kapitalismus gerieten zwangsläufig in eine Krise, als dieser Kapitalismustyp unter dem Druck sinkender Wachstumsraten und nachlassender Kapitalrentabilität an seine Grenzen stieß. Dementsprechend muss der Neoliberalismus, mit seiner Liberalisierungsstrategie und der Entfesselung der Märkte, als eine Negation des organisierten Kapitalismus gewertet werden, der ursprünglich den Liberalismus und die einseitige Marktregulierung negieren wollte. Wir haben es also mit einer klassischen Negation der Negation zu tun, die bekanntlicherweise keine Rückkehr zu alten Formen kennt, sondern den alten Widerspruch auf eine neue Ebene hebt. Und so wie der Neoliberalismus nicht zum alten Liberalismus oder zur Neoklassik zurückkrebste, sondern etwas völlig Neues hervorbrachte, kann auch das wirtschaftsdemokratische Konzept des 21. Jahrhunderts nicht zum organisierten Kapitalismus des 20. Jahrhunderts zurückkehren. Aber die Widerspruchsdynamik ist die gleiche wie am Ende der 1920er Jahre und in der vor 30 Jahren einsetzenden Krise des Fordismus. Krisen von diesem Ausmaß beenden in der Regel eine lange Entwicklungsetappe, verursachen zunächst Orientierungslosigkeit und münden früher oder später in einen Paradigmenwechsel. In dieser für kurze Zeit offenen Situation eröffnet sich der Linken die Chance, einen Transformationsprozesses einzuleiten. Vorausgesetzt sie kann Alternativen präsentieren, die nicht nur bei der gewerkschaftlichen und politischen Linken auf Zustimmung stoßen, sondern großen Teilen der Gesellschaft plausibel erscheinen, weil sie einen Ausweg aus den diversen sich überschneidenden Krisen aufzeigen.

## **Probleme und Anknüpfungspunkte für eine Erneuerung der Wirtschaftsdemokratie**

Gegenwärtig scheint das Hauptproblem der Linkskräfte vor allem in der Schwierigkeit des Umdenkens zu liegen. Viele Vorschläge ignorieren die nicht mehr zurücknehmbaren Veränderungen in der Ökonomie, wie etwa die internationale Arbeitsteilung oder die eingeschränkte Autonomie selbst großer Unternehmen, vor allem aber die wachsenden Probleme bei der Reproduktion sozialer und ökologischer Ressourcen. Man kann diese Schwierigkeit des Umdenkens an

den verschiedenen Vorschlägen festmachen, die sich mehr oder weniger als wirtschaftsdemokratische Alternativen verstehen:

Die klassische Variante der Wirtschaftsdemokratie konzentrierte sich auf die Demokratisierung der unternehmerischen Entscheidungsebenen, sei es durch verschiedene Formen der Mitbestimmung in den Aufsichtsräten und Vorständen oder durch Entscheidungsgremien, die, wie die klassischen Wirtschafts- und Sozialräte, von außen auf Unternehmensentscheidungen Einfluss nehmen. Bei der Übertragung dieses Konzepts auf die Gegenwart wird übersehen, dass die weit fortgeschrittene Vergesellschaftung des Kapitals, nämlich durch die Abhängigkeit von weit gestreutem Aktienbesitz, institutionellen Anlegern oder Kreditgebern, die Handlungsfähigkeit der früheren Kommandohöhen der Unternehmen bereits erheblich einschränkt ist. Selbst paritätisch besetzte Aufsichtsräte könnten sich dieser Abhängigkeit nicht entziehen und auch das Mitspracherecht gesellschaftlicher Räte dürfte aus gleichem Grund ins Leere laufen. Damit soll nicht behauptet werden, dass die Erneuerung der Wirtschaftsdemokratie auf Mitbestimmung und gesellschaftliche Räte verzichten kann, diese Instrumente verlieren aber ihre Reichweite, können sogar ihre Wirksamkeit einbüßen und affirmativen Charakter bekommen, wenn sie nicht in ein neues Gesamtkonzept eingegliedert werden.

Wirtschaftsdemokratie durch Belegschaftseigentum ist durch mindestens zwei Entwicklungen fragwürdig geworden. Erstens gibt es keinen Grund zur Annahme, dass sich die Belegschaftseigentümer bei der Entwicklung der Unternehmensstrategie wesentlich anders verhalten werden als „gewöhnliche“ Kapitalisten. Sie werden die Interessen der Kernbelegschaft vertreten, den Lohndruck auf die Zulieferer erhöhen und zu Gunsten des Unternehmensgewinns auf Steuerensenkungen drängen und sowohl ökologische als auch gesamtgesellschaftliche Erfordernisse ignorieren. Zweitens lässt die Konzentration auf die Beteiligung der abhängig Beschäftigten am Produktiveigentum außer Acht, dass die wachsende Zahl der Beschäftigten im Reproduktionsbereich von dieser Eigentumsform weitgehend ausgeschlossen bleibt, wenn man von den gewinnorientierten Unternehmen einmal absieht. Auch die Entwicklung unternehmensunabhängiger Fonds stößt an deutliche Grenzen, weil sie kaum mehr als eine Wiederauflage der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ sein können und kein wirkliches Korrektiv zur Dominanz des Finanzsektors darstellen.

Wirtschaftsdemokratie durch die Entkopplung von Arbeit und Einkommen ist ein neues Moment, das sehr unterschiedliche Instrumente meint und von der bedarfsorientierten Grundversicherung bis zum bedingungslosen Grundeinkommen reicht. Obwohl es dabei vordergründig nur um Verteilungspolitik geht, liegt all diesen Vorschlägen ein auch der klassischen Wirtschaftsdemokratie nicht fremdes Motiv zu Grunde, nämlich die Absicht, den Warencharakter der Arbeitskraft einzudämmen oder sogar, wie im Fall des bedingungslosen Grundeinkommens, den Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft scheinbar aufzuheben. Die Frage ist aber nicht, ob es sich dabei um illusionäre Vorstellungen handelt, sondern ob damit tatsächlich Einfluss auf die wirt-

schaftlichen Prozesse ausgeübt wird, sich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ändert oder sogar ein Beitrag zur Transformation des Kapitalismus geleistet werden kann.

Unabhängig von den beschriebenen Problemen wird eine Erneuerung der Wirtschaftsdemokratie an den bestehenden Institutionen anknüpfen müssen, sowohl an die Mitbestimmung, als auch an existierende und gegebenenfalls zu erweiternde Formen der Belegschaftsbeteiligung. Sie können schon deshalb nicht übergangen werden, weil sie zur Realität gehören und damit unverzichtbare Ansatzpunkte für Weiterentwicklungen sind. Allerdings stellt selbst die Bündelung der genannten Instrumente keine Erneuerung der Wirtschaftsdemokratie dar, weil ihre Lenkungswirkung im gegenwärtigen Kapitalismus zu gering ist und die eigentlichen Macht- und Handlungsebenen nicht erreicht werden. Wobei Letzteres nur möglich sein wird, wenn vor allem demokratisch kontrollierbare Institutionen zur Bändigung der Finanzmärkte geschaffen und Mitbestimmungsmöglichkeiten gefunden werden, die auf der makroökonomischen Ebene einen wirksamen Einfluss auf die Gestaltung der sozialen und ökologischen Proportionen ausüben können. Da dies nicht mehr auf den Rahmen des Nationalstaates zu begrenzen ist, kann sich auch eine Erneuerung der Wirtschaftsdemokratie nicht auf diesen Rahmen beschränken. Gesucht wird also ein mindestens europaweites Konzept, das allerdings auf Probleme stößt, die der historischen Mitbestimmung fremd waren.

## **Defizite und Chancen des subjektiven Faktors**

Die historische Wirtschaftsdemokratie konnte nicht nur an objektive Tendenzen der gesellschaftlichen Wirtschaft anknüpfen, sondern stützte sich auch auf einen entwickelten subjektiven Faktor, der vor allem durch eine tief in der Arbeiterbewegung verankerte Orientierung auf den Sozialismus geprägt war. Bei allen inneren Differenzierungen besaß die Arbeiterbewegung am Ende der 1920er Jahre gleiche oder zumindest ähnliche ideologische Wurzeln und kämpfte für die gleichen Tagesforderungen. Sie agierte in einem durch gemeinsame soziale Erfahrungen, kulturelle Traditionen und politische Kämpfe strukturierten Raum, während die europäische Ebene heute immer noch von sprachlichen, organisatorischen und kulturellen Gräben zerschnitten wird. Darüber hinaus mangelt es auf dieser Ebene an den wichtigsten Voraussetzungen demokratischer Willensbildung, vor allem an einer gemeinsamen Sprache und einer die verschiedenen Alltagswelten verbindenden Kommunikation. Unter diesen Bedingungen stößt die Formierung eines kollektiven Subjekts auf zahllose Barrieren, die nur durch gemeinsame Handlungen auf der Grundlage übereinstimmender Ziele zu überwinden sind.

Das Projekt Wirtschaftsdemokratie könnte diese Defizite überwinden, wenn es zu einem europäischen Projekt wird. Zumal die politischen und ökonomischen Eliten zwar ein ähnliche Gemeinsamkeit anstreben, nämlich eine europäische Wirtschaftsregierung, aber immer wieder an den nationalen Egoismen scheitern. Die gewerkschaftliche und politische Linke Europas könnte dieses Vakuum mit einem eigenen Wirtschaftsmodell füllen, wenn sie dieses auf die Tagesord-

nung setzt und es in alle nationalen Kämpfen hineinträgt. Vorausgesetzt, die neue Wirtschafts-demokratie stützt sich nicht nur auf die Makroebene, sondern schlägt ihre Wurzeln in den betrieblichen Alltagskämpfen und macht die Demokratisierung der gesellschaftlichen Basisstruk-turen zu ihrem Grundanliegen. Gute Aussichten dafür dürfte der Kampf um die Mitbestimmung am Arbeitsplatz, für gute Arbeit und die Durchsetzung gemeinsamer sozialer Standards bieten. Die deutsche LINKE ist zur Zeit der große Hoffnungsträger der europäischen Linkskräfte und hätte die Autorität, ein solches gemeinsames Projekt durchzusetzen.

## Überlegungen zu den nächsten Schritten

Das bereits von Horst Schmitthenner eingebrachte Papier bietet eine gute Grundlage, um konkrete Vorschläge für die drei zitierten Ebenen zu entwickeln, also eine Sammlung sich ergän-zender Module anzufertigen. Diese könnten mit ExpertInnen diskutiert und anschließend zu ei-nem Gesamtkonzept zusammengefasst werden. Ich würde vorschlagen, die AG betrieb & ge-werkschaft an jedem Arbeitsschritt zu beteiligen und auch das Gesamtkonzept von ihr verab-schieden zu lassen. Das Weitere wäre Öffentlichkeitsarbeit, und was mir besonders wichtig er-scheint, die Ausarbeitung eines Leitfadens für die Bildungsarbeit.

Wolfgang Gehrcke (Hg.)

## »Alle Verhältnisse umzuwerfen...«

Eine Streitschrift  
zum Programm der LINKEN

Elmar Altvater / Christel Buchinger / Diether Dehm  
Frank Deppe / Wolfgang Gehrcke / Ralf Krämer  
Christiane Reymann / Rainer Rilling / Eckart Spoo  
Sahra Wagenknecht / Andreas Wehr / Harald Werner

PapyRossa

## „Alle Verhältnisse umzuwerfen...“

*Eine Streitschrift zum Programm der LINKEN.  
Herausgegeben von Wolfgang Gehrcke*

*Mit Beiträgen von Elmar Altvater, Christel  
Buchinger, Diether Dehm, Frank Deppe,  
Wolfgang Gehrcke, Ralf Krämer, Eckart Spoo,  
Christiane Reymann, Rainer Rilling, Sahra  
Wagenknecht, Andreas Wehr und Harald  
Werner.*

*236 Seiten, EURO 12,00, Köln 2011.*

*ISBN: 978-3-89438-459-3*

*[www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de)*

# „Belegschaftseigentum“: Ein richtiger Ansatz?

Von Hartmut Obens

Diese von Oskar Lafontaine favorisierte Idee hat den Weg in den Programmentwurf gefunden:

*„Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es Belegschaftsabstimmungen geben.“*

Eingebracht hatte er seine Idee auf dem Cottbuser Parteitag 2009, als Alternative zu staatlichen Hilfgeldern für existenzgefährdete Konzerne, bei denen darauf verzichtet wird, das Macht- und Entscheidungsmonopol der Eigentümer und Manager anzutasten. Im Gegensatz dazu hatten VW-Betriebsräte an die Vergabe staatlicher Gelder Arbeitsplatzgarantien und Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen eingefordert, was von Regierung und Management umgehend abgelehnt wurde.

Hintergrund des Lafontaine-Konzepts waren die Auseinandersetzungen um die NOKIA-Standortverlagerung nach Rumänien sowie die Auseinandersetzungen zur Sanierung von Karstadt und OPEL:

„Also ein Teil vertritt die Meinung, dass man eben marktwirtschaftlich antworten soll und die Betriebe pleite gehen lassen soll. Der andere Teil vertritt die Meinung, das Gegenteil sei richtig. Aber das Ganze geht zu Lasten einer vernünftigen Lösung. Bei Opel sind offensichtlich keine tragfähigen Vereinbarungen getroffen worden. Das müssen wir heftig kritisieren, und bei Karstadt hören wir jetzt, dass bei Arcandor die Bundesregierung nicht bereit ist, entsprechend tätig zu werden. Unsere Antwort ist die Belegschaftswirtschaft. Das ist die Konsequenz aus all dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Das ist die einzige Marktwirtschaft der Freiheit der Menschen. Das, was wir als freie Marktwirtschaft bezeichnen, ist ein Herr- und Knecht-Verhältnis, das durch das Wort Freiheit kaschiert werden soll. Wir wollen eine Wirtschaft mit beteiligten Belegschaften, weil das die Konsequenz ist und das den Weg in die Zukunft weist. Die Konsequenz aus der Entwicklung bisher: Die Fälle Merkle, Scheffler und Porsche usw. wäre nicht eingetreten, wenn eine ordentliche Beteiligung der Belegschaft dagewesen wäre. Und um in Zukunft solche Fehler auszuschließen, streben wir eine Belegschaftswirtschaft an.“

Schon in den 1960er und 1970er Jahren hat das Thema „Belegschaftsanteile“ eine Rolle gespielt und wurde in den Gewerkschaften heftig diskutiert. Das dahinter liegende Interesse bestand in der sozialpartnerschaftlichen Bindung der Lohnabhängigen an „ihr“ Unternehmen. Das damals am häufigsten diskutierte Problem war die mit diesem Modell verbundene „Janusköpfigkeit“, bei der die Belegschaften - als Eigentümer und Ausgebeutete „ihres“ Betriebes - an die Politik des Managements gebunden werden sollten, was in der Praxis nicht selten zu Überwäl-

zungen des Kapitalrisikos auf die Lohnabhängigen geführt hatte. Durch freiwilligen Lohnverzicht („Investivlohn“) oder Zurückhaltung bei der Durchsetzung innerbetrieblicher Arbeitsstandards und Mitbestimmungsforderungen sollten Kosten eingespart werden, um die „Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens nicht zu gefährden“. Hervorzuheben ist, dass im Programmwurf ein Lohnverzicht bei diesem Konzept ausdrücklich ausgeschlossen ist.

Der im Programmwurf in diesem Kontext verwendete Begriff der „Belegschaftswirtschaft“ hingegen ist mehrdeutig und in verschiedenerlei Hinsicht auslegbar. So kann auch ein von der Belegschaft übernommener Betrieb wie die seinerzeit im ostdeutschen Nordhausen besetzte und übernommene Fahrradfabrik („Strike Bike“) eine Form von Belegschaftswirtschaft sein. Eine Partei, die sich „Selbstorganisation“ und „solidarische Ökonomie“ auf die Fahnen geschrieben hat, sollte durchaus der Frage nachgehen, ob die in der Bundesrepublik bisher nicht sonderlich bekannte Kampfform der Betriebsbesetzung unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Krisenentwicklung an Aktualität gewinnen könnte. Manche sehen hierbei auch ein Wiederaufleben der „Arbeiterkontrolle“, einer syndikalistischen Kampfform, die vor allem in den romanischen Ländern eine große Tradition hat. Oskar Lafontaine bezieht sich aber nicht auf diesen Ansatz, sondern schlägt die „Herausgabe von Belegschaftanteilen“ vor, um die Beschäftigten zu „Eigentümern“ zu machen und über den Weg von Eigentümer-Mehrheiten bestimmte Entscheidungen, z. B. Auslagerungen, zu blockieren. Die Frage ist nun, ob die Finanzierung von Belegschaftsanteilen durch Staatsgelder (die Abzweigung von Lohnanteilen zur Finanzierung von Belegschaftsanteilen sollten ja ausgeschlossen bleiben) der richtige Weg ist, um bedrohte Arbeitsplätze zu retten. Notwendig ist zweifellos, bei Vergabe von Staatsgeldern darauf zu achten, dass diese aus öffentlichen Mitteln finanzierten Geldspritzen nicht einfach dem Kapital oder den Aktienbesitzern zufließen, sondern dass auch und gerade hierbei die „Eigentumsfrage“ gestellt wird. Es sollen ja die Mittel denen zur Verfügung gestellt werden, die mit ihrer Hände Arbeit den Reichtum von Unternehmen erarbeitet haben, der durch Zocker, Hasardeure und „Heuschrecken“ vernichtet wird. Lafontaine argumentiert, dass das Eigentum überdies denen gehöre, die die Werte geschaffen haben, weshalb es auch einen moralischen Anspruch auf Eigentumsanteile des Unternehmens seitens der Belegschaften gäbe. In diesem auf Rousseau und John Locke zurückgehenden „naturrechtlichen“ Arbeits- und Eigentumsbegriff, den Lafontaine im BGB wiederfindet, begründet er die Berechtigung dieser Forderung. Zweifellos wird hier ein moralischer Anspruch erhoben, der vielen Betroffenen nur zu gerecht erscheint.

Bedauerlicherweise kommt die wissenschaftliche Analyse der politischen Ökonomie auch hier zu ganz entgegengesetzten Resultaten wie der „gesunde Menschenverstand“ oder die angerufene „Moral“. Denn die Akkumulation von Kapital macht in der kapitalistischen Gesellschaft nicht den (unmittelbaren) Produzenten reich, sondern den Eigentümer der Produktionsmittel. Insofern können die Arbeiter noch so viel arbeiten; sie steigern damit zwar ihre Lohnhöhe, nicht aber ihren Reichtum. Dieser fällt dem Kapitalisten zu. Der kapitalistische Akkumulationsprozess produziert und reproduziert nicht nur das Kapital, sondern auch die Klassen-, Eigentums- und

Ausbeutungsverhältnisse, auf deren Grundlage er in Gang gesetzt wird. Eigentum wird demnach nicht, wie Rousseau, John Locke und auch Oskar Lafontaine annehmen, durch Arbeit erworben, sondern durch kostenlose Aneignung des von den Arbeitern erzeugten Mehrwerts, also durch Ausbeutung der Arbeitskraft. Auf der Vorstellung, die „Arbeit“ schaffe den Wert, an dem der Arbeiter zu „beteiligen“ sei, beruhte die illusionäre Forderung der lassalleianischen Arbeiterbewegung nach dem „vollen Arbeitsertrag“, mit der sich Marx in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ entschieden auseinandergesetzt hat. Nichtsdestotrotz hält sich bis heute, auch in Teilen der Gewerkschaften und der politischen Linken die Vorstellung vom „gerechten Lohn“, bei der die „Arbeit“ – gewissermaßen als gleichberechtigter Partner neben dem „Kapital“ – als Quelle des Werts erscheint und „gerecht“ zu verteilen sei. Als ideologische Grundlage fungiert hierbei die auf J. B. Say zurückgehende Theorie der „Produktionsfaktoren“, wonach aller Reichtum der Ökonomie auf das Trias von „Arbeit, Boden und Kapital“ zurückgehe; einer Vorstellung, die Marx verächtlich als „Vulgärökonomie“ bezeichnet hat, weil sie die großen Errungenschaften der bürgerlichen Politischen Ökonomie durch Smith und Ricardo, insbesondere die Arbeitswerttheorie, durch die „Plattheiten der alltäglichen kapitalistischen Profitmacherei“ ersetzt habe.

Also: Ob sich das Konzept der „Belegschaftsanteile“ eignet, effektive Mitbestimmungsmöglichkeiten und wirtschaftsdemokratische Alternativen durchzusetzen, um Stimmenmehrheiten in den Vorständen und Aufsichtsräten herbeizuführen, die wirksamere Kontroll- und Sanktionsrechte ermöglichen, muss geprüft und geklärt werden. Eines darf dabei nicht übersehen werden: Es handelt sich hier um gesellschaftliche, öffentliche Finanzmittel, also Steuergelder, die in die Verfügungsgewalt von „Privateigentümern“ gehen würden, auch wenn diese „Eigentümer“ die Beschäftigten des Unternehmens sind. Wie aber ist dann sichergestellt, dass den Steuerzahlern diese Mittel wieder zurückfließen? Diese und andere Fragen müssten natürlich geklärt werden. Hinzu kommt, dass bei Belegschaftsbeteiligungen immer wieder die Gefahr besteht, dass die Spaltung von Kern- und Randbelegschaften sich weiter vertieft und bei sozialpartnerschaftlich eingestellten Betriebsräten und Gewerkschaftern die Tendenz zum Betriebsegoismus und Standortkorporatismus verstärken, womöglich noch unterstützt durch öffentliche Gelder. Das wäre für die Solidarität der Belegschaften und die gewerkschaftliche Einheit alles andere als förderlich. Das soll ja auch bei einer solchen, von den Arbeitgebern protegierten Variante wie dem „Investivlohn“ bezweckt werden. Wie man sieht, sind zu den Themen „Belegschaftsanteile“ und „Belegschaftseigentum“ noch eine Menge an Klärungen erforderlich. Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch die Einbeziehung der IG Metall-Forderung, einen mit 100 Milliarden Euro ausgestatteten öffentlichen Beteiligungsfonds einzurichten, mit dem sich der Staat an existenzgefährdeten Unternehmen beteiligen kann, um Arbeitsplätze zu retten, wenn nötig durch ökologisch ausgerichtete Konversionsprojekte. Dieser Fonds soll durch eine Zwangsanleihe in Höhe von zwei Prozent auf private Geldvermögen oberhalb von 750.000 Euro finanziert werden. Wäre ein solcher Weg, der die Rettung von Arbeitsplätzen, ökologische Alternativen und Reichenbesteuerung kombiniert, am Ende nicht zielgerichteter und geeigneter, den

Weg einer alternativen, öko-sozialen Entwicklungsrichtung zur Überwindung des Finanzmarktkapitalismus zu beschreiten? Ist die Betriebsbeteiligung von Arbeitnehmern zu kurz gedacht und strategisch eher regressiv als progressiv?

Die kritische Diskussion ist hier besonders wichtig; damit ist aber auch klar, dass die Forderung nach „Betriebsbeteiligung“ in der vorliegenden Form noch nicht zum „eisernen Bestand“ unserer programmatischen Forderungen gezählt werden kann.

# **BGE nee! Über Risiken und Nebenwirkungen einer wohlklingenden Idee**

*Von Ralf Krämer*

Das zentrale und grundlegende Interesse, das Erwerbslose wie Beschäftigte artikulieren, ist das nach einer gut bezahlten Arbeit, die ihren Fähigkeiten und Neigungen gerecht wird und mit sozialer Anerkennung verbunden ist. Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit würde enorm auch die Kräfteverhältnisse in Betrieben und Gesellschaft, die Finanzlage des Sozialstaats und die Bedingungen für die Durchsetzung sozial-ökologischen Fortschritts verbessern.

Der Unterschied eines BGE gegenüber bedarfsabhängiger sozialer Sicherung besteht nicht darin, dass allen ein zur Existenzsicherung und sozialen Teilhabe hinreichendes Einkommen gewährleistet werden soll. Sondern vor allem darin, zig Millionen Menschen, die bereits ohne staatliche BGE-Leistung über hinreichendes Einkommen verfügen, zusätzlich ein BGE in die Tasche zu stecken. Und es zugleich aus der anderen Tasche über exorbitant höhere Steuern wieder heraus zu ziehen, um dieses BGE finanzieren zu können.

## **Universeller Kombilohn**

An den Lohn könnte dann nicht mehr der Anspruch gerichtet werden, mindestens eine existenzsichernde Höhe zu haben, denn jeder Verdienst hätte den Charakter eines Zuverdienstes zum BGE. Die Renditeansprüche des Kapitals würden dagegen durch ein BGE nicht gemindert. Es ist zu erwarten, dass die Einkommensverteilung unter solchen Bedingungen noch ungerechter wäre als sie es heute schon ist. Die Menschen wären dann nicht – wie die BGE-AnhängerInnen hoffen – weniger, sondern noch viel mehr als heute bereit, für einen minimalen Lohn und unter prekären Bedingungen zu arbeiten.

BGE wäre faktisch der universelle Kombilohn als Lohnsubvention für das Kapital. Die linken BGElerInnen fordern dagegen zusätzlich Mindestlohn, aber fordern kann man viel, wenn der Tag lang ist. Es würde unter diesen Bedingungen nicht funktionieren, weil keine hinreichenden Interessen und Kräfte dafür zu mobilisieren wären, weil viele Millionen ihn unterlaufen würden. Es ist m.E. geradezu absurd zu meinen, ein BGE wie es sich Linke wünschen könnten, hätte im Kapitalismus nur den Hauch einer Chance auf Verwirklichung.

## **Finanzierungsprobleme eines BGE**

Zur Finanzierung eines BGE wären niedrig gerechnet mindestens zusätzlich 500 Milliarden Euro jährliche öffentliche Einnahmen notwendig. Um ein BGE zu finanzieren, müsste jede Erwerbstätigkeit – nur diese ist in letzter Instanz die Quelle von Steuereinnahmen – ab dem ersten Euro

mit etlichen zig Prozent zusätzlichen Einkommensteuern oder Mehrwertsteuern belegt werden. Erfassung und Kontrolle aller Einkommen würden also unter dem Regime eines BGE nicht weniger, sondern noch viel umfassender und lückenloser als heute notwendig. Denn der Anreiz, informell und „schwarz“ am Finanzamt vorbei zu arbeiten wäre vielfach höher als heute, gerade bei niedrigen Einkommen, die heute kaum mit Steuern belegt sind.

Auch mit einem BGE gäbe es in der Gesellschaft weiterhin einen Unterschied zwischen denjenigen, die erwerbstätig sind und damit die Finanzierung des Sozialstaats tragen, und denen, für die das nicht zutrifft. Und ebenso wie das heute der Fall ist, könnte das zu Stigmatisierungen genutzt werden und antisozialen Kräften als Anknüpfungspunkt dienen, Kampagnen gegen Erwerbslose zu führen und einen Abbau sozialer Leistungen zu propagieren.

## **Kein BGE ohne Erwerbsarbeit**

Nur Erwerbsarbeit, also Arbeit zum Zweck des Gelderwerbs, produziert die Waren und Dienstleistungen, die mit Geld gekauft werden, und zugleich die Einkommen, mit denen sie bezahlt werden. Grundeinkommen beruht daher wie jede Geldleistung vollständig auf verallgemeinerter Erwerbsarbeit.

Aller Sozialaufwand wird immer aus der laufenden Wertschöpfung finanziert, also aus dem durch Erwerbsarbeit produzierten Bruttoinlandsprodukt bzw. Volkseinkommen. Steuern oder Sozialbeiträge mindern immer die Nettoeinkommen bzw. die Kaufkraft der Erwerbstätigen. Die Vorstellung, die Sozialleistungen allein zu Lasten der Kapitaleinkommen – die ja auch nicht vom Himmel fallen, sondern auf der Ausbeutung der Arbeitenden beruhen – finanzieren zu können anstatt zu Lasten der Arbeitseinkommen, ist völlig unrealistisch.

## **Verkürzung und gerechte Verteilung der Arbeit statt BGE**

Linkes Ziel ist allen Menschen ein Recht auf gute und angemessen bezahlte Arbeit zu gewährleisten und daraus ein Einkommen, das höher als ein noch so komfortables BGE läge. Ziel ist die Verkürzung und gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Dabei gilt: Die allgemeine Arbeitszeit kann um so mehr verkürzt werden, auf je mehr Schultern sie verteilt wird, wenn also möglichst alle Arbeitsfähigen beteiligt sind. Mit einem BGE den Ausstieg oder die Ausgrenzung der einen aus der Erwerbsarbeit zu alimentieren und die anderen dafür um so mehr arbeiten zu lassen, ist m.E. kein linkes Ziel.

*Eine ausführlichere Version des Textes findet sich unter [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de). Von Ralf Krämer erschien zuletzt der Beitrag „Zur Finanzierbarkeit eines Bedingungslosen Grundeinkommens. Kritik des Konzepts der BAG Grundeinkommen in der LINKEN“. Dieser Beitrag und mehr im Internet: [www.grundeinkommen-kritik.de](http://www.grundeinkommen-kritik.de)*

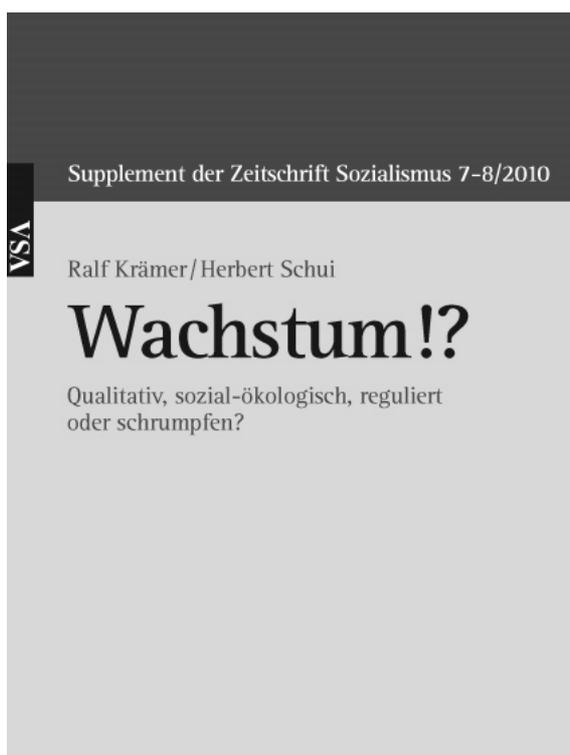
# Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen? (Ralf Krämer / Herbert Schui)

## Ralf Krämer

"Notwendig ist eine Konzeption des sozial-ökologischen Umbaus, der zugleich mehr Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen bringt und die sozial- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen der Linken befördert. Dies erfordert aber eine linke alternative Wirtschaftspolitik, [...] die auf ein qualitatives oder auch selektives, sozial-ökologisch gesteuertes Wachstum des BIP gerichtet ist... Statt in Anti-Wachstums-Fetischismus zu verfallen, muss sich eine in der Sache und politisch sinnvolle Kritik differenzierter und zielgerichteter auf die eigentlichen Probleme und Gegner richten, nämlich gegen eine spezifisch kapitalistisch bestimmte Wachstums- und Arbeitsmarktentwicklung und -politik, die sozial und ökologisch schädlich ist."

## Herbert Schui

"Das Ziel ist, mit der technischen Umstrukturierung ganzer Gebrauchswertbereiche (hier Energie und Transport) zu beginnen. All diese Aufgaben übersteigen die Fähigkeit privater Unternehmen zu langfristiger Planung und Vorausschau. Wenn demnach die Linke einen größeren öffentlichen Sektor fordert, dann auch, um diese Aufgaben zu lösen [...] Die bisherige Form des Wachstums kann nicht beibehalten werden. Vielmehr ist die Produktion überall dort zu drosseln, wo der Stoffwechsel mit der Natur die natürlichen Lebensgrundlagen beeinträchtigt. Dies macht eine gründliche Umorganisation aller Wirtschaftsbereiche erforderlich."



## Inhalt

*Ralf Krämer: Wachstumskritik oder sozialistische Politik? Über Wachstum, Ökologie, Erwerbsarbeit, Sozialstaat und die Linke*

*Herbert Schui: Mit grünem Wachstum gegen Klimakrise & Wirtschaftsstagnation?*

*Ralf Krämer, Herbert Schui: Wachstum!? Qualitativ, sozial-ökologisch, reguliert – oder schrumpfen? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2010, 44 Seiten, EURO 4.20, 2010.  
ISBN: 978-3-89965-957-3*

**Download: [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de)**

# LINKE Friedenspolitik und kollektive Sicherheit

Von Dr. Alexander S. Neu

*„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik. Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands.“*

Die friedenspolitische Aussage des ersten Satzes und die Forderung des zweiten Satzes nach „Auflösung der NATO“ sowie die „Ersetzung“ durch ein Sicherheitskollektiv im vorliegenden Programmtext stehen nicht nur in einem engen Zusammenhang. Die Forderung ist auch friedenspolitisch folgerichtig, ja sogar alternativlos. Die NATO ist ein ausschließliches Militärbündnis, deren Zweck darin besteht, westliche Interessen weltweit unter Androhung oder auch Anwendung militärischer Maßnahmen - sprich Krieg - durchzusetzen, sofern die konventionell diplomatischen Instrumente „versagen“.

Nur, was ist ein System kollektiver Sicherheit? Was unterscheidet dieses von der NATO? Wir erinnern uns: Laut einem Gefälligkeitsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994 wurde der NATO ebenfalls der Status eines Sicherheitskollektivs zuerkannt, um die sie mit Art. 24 Grundgesetz kompatibel zu machen und damit Deutschlands Beteiligung an globalen Militär- und Kriegseinsätzen der NATO „verfassungskonform“ zu ermöglichen.

## System gegenseitiger kollektiver Sicherheit - Ein Friedenssystem?

Der Begriff *System gegenseitiger kollektiver Sicherheit* (Sicherheitskollektiv) beschreibt ein Bündnissystem, das aus zwei oder mehreren Staaten u. U. sogar allen Staaten der Welt besteht. Umfasst es nur zwei oder mehrere Staaten, so spricht man von einem regionalen Bündnis. Umfasst es die Mehrheit der Staatenwelt, so bezeichnet man es als globales bzw. universelles Bündnis.

Die UNO, wie auch zuvor der Völkerbund, verkörpern die Vorstellung eines globalen Sicherheitskollektivs - zumindest normativ und idealtypisch. Regionale Sicherheitskollektive mit der unten genannten Funktionszuschreibung existieren bis dato nicht.

Die Prämisse eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit ist, dass Krieg als gemeinsame Gefahr für alle aufgefasst werden muss. Die eigene Sicherheit beruht zugleich auf der Sicherheit des potenziellen Gegners. Das setzt die Empathie voraus, dass der potenzielle Gegner ebenfalls einer Bedrohungswahrnehmung unterliegt und somit ein ebenso legitimes Sicherheitsinteresse besitzt.

Ziel eines Sicherheitskollektivs ist es demnach nicht, die Sicherheit einzelner Staaten durch den Ausbau der eigenen militärischen Stärke (Aufrüstung) und somit auf Kosten anderer Staaten, sondern die Sicherheit aller (regional oder global) Staaten kollektiv zu organisieren. Sicherheit wird durch gemeinsame vertrauensbildende Maßnahmen, wie beispielsweise Abrüstung befördert. Essentiell hierzu ist die Schaffung eines institutionalisierten Interaktionsforums, d.h. Leitungs- und Konferenzgremiums, für alle Mitgliedsstaaten, um anstehende Fragen zu diskutieren und aufbrechende Konflikte noch im politischen Stadium diplomatisch zu lösen.

Ein Verteidigungskollektiv hingegen ist ein Zusammenschluss von zwei oder mehreren Staaten, dessen Ziel darin besteht, Verteidigung gemeinsam gegen einen potentiellen oder manifesten äußeren Aggressor zu organisieren. Es bedarf somit eines konkreten oder abstrakten Feindbildes, gegen das es sich zu richten gilt. Ein Verteidigungsbündnis kann dementsprechend nur einen regionalen bzw. auch überregionalen, jedoch keinen globalen Charakter haben, da es sich ja gegen einen äußeren, dem Kollektiv nicht zugehörigen, Akteur richtet. Tendieren ein Verteidigungskollektiv bzw. dessen Mitgliedsstaaten sogar dazu, den Verteidigungsbegriff neu zu interpretieren, d. h. den territorialgebundenen Verteidigungsbegriff (Verteidigung des eigenen Territoriums) zu entterritorialisieren (Präventivkrieg und Verteidigung Deutschlands am Hindukusch) bzw. zu einem Werte- und Interessenverteidigungsbegriff zu pervertieren (globale Verteidigung westlicher Werte und Interessen), so stellt diese Entwicklung eine signifikante Gefahr für die internationale Stabilität und das Völkerrecht dar, da es sich dann realiter um ein Interventions- und offensives Kriegsbündnis handelt, wie es die konkrete Entwicklung der NATO eindrücklich dokumentiert.

Kollektive Sicherheitssysteme und kollektive Verteidigungssysteme unterscheiden sich nicht nur substantiell in Ziel und Methode, sie schließen sich einander vielmehr aufgrund der o.g. unterschiedlichen Sicherheitskonzeptionen aus: Die einem funktionierenden Sicherheitskollektiv notwendigerweise zu Grunde liegende Empathie, dass man selbst als Bedrohung wahrgenommen werden könnte, wird in einem Verteidigungsbündnis mit Gleichgesinnten, welches mit einem außenstehenden, potentiell als feindlich angesehenen Akteur interagiert, empirisch belegbar (siehe Marginalisierung der UNO und OSZE) eher weniger entstehen als in einem umfassenden sicherheitskollektivem Rahmen, in dem alle Einzelstaaten individuell vertreten sind. In Folge dessen führt eine fortgesetzte verteidigungspolitische Blockexistenz innerhalb des Raumes des Sicherheitskollektivs nicht zu gemeinsamer Sicherheit; sie untergräbt sie vielmehr.

Dies führt zu der Schlussfolgerung, dass solange eine institutionelle Parallelität zwischen Verteidigungskollektiv und regionalem oder globalem Sicherheitskollektiv existiert, letzteres zum faktischen Scheitern verurteilt ist. Loyalität, Gruppendruck und Ausgrenzung eines Verteidigungskollektivs obsiegen über der notwendigen Empathie und dem Vertrauen gegenüber den Partnern eines Sicherheitskollektivs. Kurzum, solange die NATO existiert, garantiert sie die Dysfunktionalität eines Sicherheitskollektivs und damit internationale Instabilitäten. Oder umgekehrt

ausgedrückt, die Auflösung der NATO bildet die Voraussetzung eines funktionierenden Sicherheitskollektivs – sowohl global (UNO) als auch regional.

## **Nato-Auflösung als Voraussetzung eines funktionierende Sicherheitssystems**

Die Frage, wie die NATO am Besten in den Orkus der Geschichte zu verabschieden ist, ist in unserer Partei durchaus umstritten. Die Einen glauben, dass ein einseitiger Austritt Deutschlands aus der NATO einen Dominoeffekt auslösen würde, an dessen Ende die NATO inexistent würde. Die anderen, zu denen zähle ich, glauben vielmehr, dass Deutschland nicht aus der NATO, wohl aber aus den militärischen Strukturen der NATO austreten und den Verbleib in den politischen Strukturen des Bündnisses nutzen muss, um die NATO in allen Aspekten (Entscheidungen zu Strukturreformen, Strategische Konzepte, Entsendungen zu Militär- und Kriegseinsätze etc. ) zu blockieren. Die NATO also mithin von Innen aushöhlen, so dass sie zur leeren Hülle verkommt und schließlich sich auflöst. Diese Doppelstrategie (Austritt aus militärischen Strukturen und Verbleib in politischen Strukturen zwecks Blockadepolitik) ist zielführender als der bloße Austritt. Die Anwendung des Blockademechanismus selbst wird ermöglicht durch das Konsensverfahren in den politischen Strukturen der NATO: Sämtliche wichtigen politischen Entscheidungen in der NATO müssen im Konsensverfahren beschlossen werden. Legt ein Mitgliedsstaat ein Veto ein, kommt kein Beschluss zustande. Zugleich muss das zivile europäische System gegenseitiger kollektiver Sicherheit aufgebaut werden, um kein sicherheitspolitisches Vakuum in Europa entstehen zu lassen, das zu einer Renationalisierung der Außen- und Militärpolitik führt.

## **Europäische Sicherheits- und Friedensarchitektur**

Die UNO-Charta (Kapitel VIII) erwähnt die Möglichkeit der Schaffung regionaler kollektiver Sicherheitsstrukturen und normiert deren Handlungsrahmen. Das hier durchschimmernde Subsidiaritätsprinzip entspricht einem pragmatischem Vernunftgedanken, nach dem die regionalen Akteure selbst zunächst für Sicherheit, Stabilität und Frieden durch Schaffung eigener Strukturen und Interaktionsforen verantwortlich sein sollten, bevor die UNO sich mit ihren umfassenderen Kompetenzen (Kapitel VII-Maßnahmen) einem Konflikt zu wendet.

Obschon konstatiert werden darf, dass bislang kein europäisches Sicherheitskollektiv existiert, bildet die OSZE neben der UNO das einzige zwischenstaatliche Interaktionsforum, dass seine Mitglieder als souverän und gleichberechtigt betrachtet.

Der OSZE eine regionale sicherheitskollektive Funktion zu überantworten, würde an ihre bereits im KSZE-Prozess und in der „Charta von Paris“ 1990 angedachten Sicherheitsoption anknüpfen. Leider wurde bereits damals die von der UdSSR und später Russland favorisierte Sicherheitsarchitektur (Stichwort: „Gemeinsames Haus Europa“) nach Beendigung des Kalten Kriege von der NATO rasch ad acta gelegt und anstelle dessen die NATO institutionell beibehalten, um

östliche Staaten erweitert und mit neuen vermeintlichen „sicherheitskollektiven“ Aufträgen jenseits des Verteidigungsauftrages ausgestattet.

Im Kontext des sich zuspitzenden Georgienkonfliktes hat Russland 2008 den groben Rahmen eines Sicherheitsvertrages für Europa in Form von Prinzipien, die bekannten drei „NEINS“, bereits umrissen:

- Das erste "Nein": Die eigene Sicherheit darf nicht auf Kosten der Sicherheit der anderen gewährleistet werden.
- Das zweite "Nein": Im Rahmen beliebiger Militärbündnisse bzw. Koalitionen dürfen keine Schritte unternommen werden, die die Einheit des gemeinsamen Sicherheitsraums schwächen würden.
- Das dritte "Nein": Die Entwicklung und Erweiterung von Militärbündnissen darf nicht den anderen Vertragsteilnehmern schaden.

Im November 2009 veröffentlichte die russische Regierung den Entwurf eines „Europäischen Sicherheitsvertrages“, der im Wesentlichen alle konstitutiven Merkmale eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit beinhaltet. Die formulierten Rechtsnormen wiederholen im Grunde lediglich bereits bestehende Normen der UNO-Charta, der Prinzipien der Helsinki-Schlussakte und weiterer in diesem Geiste bestehender Konventionen. Die russische Regierung fordert im Prinzip nichts anderes als die Wiederbelebung einstmals bestehender Selbstverständlichkeiten im und Rechtsnormen des internationalen Staatenverkehr.

Es wird darüber hinaus deutlich, dass der russische Vorschlag eine Auflösung der NATO nicht als Bedingung fordert – wohlwissentlich, dass der Westen sich auf derartige Überlegungen gar nicht erst einließe.

Während einige europäische Staaten Interesse formulieren, signalisieren die USA derweil höfliche Ablehnung.

Bedauerlicherweise wurde es bewusst unterlassen, die Eckpunkte eines Europäischen Sicherheitsvertrages auf dem OSZE-Gipfel in Astana (Kasachstan) im Dezember 2010 konsensual voranzutreiben. Die westlichen politischen und ökonomischen Eliten sind nach wie vor von der Omnipotenz der und der vermeintlichen Alternativlosigkeit zur NATO überzeugt.

Um der bereits oben ausgeführten Parallelitätsfalle von Verteidigungs- und Sicherheitskollektiv zu entgehen, müssen entsprechende Forderungen nach Auflösung der NATO von Innen, aus den Gesellschaften der NATO-Mitgliedsstaaten heraus, erhoben werden.

Linke/LINKE Friedenspolitik sollte die sicherheitskollektive Konzeption als echte friedenspolitische Alternative aufgreifen, Beiträge zur Weiterentwicklung leisten und diese der deutschen Öffentlichkeit als trag- und zukunftsfähigen Gegenentwurf zur kriegerischen NATO und exklusiven

transatlantischen Orientierung bzw. transatlantischen Unterordnung Deutschlands und Europas anbieten.

LINKE Politik muss den ernsthaften Willen zur offensiven Auseinandersetzung mit den herrschenden gesellschaftlichen und politischen Kräften suchen, um neue Mehrheiten zu erreichen. Politische Realität ist durch Aufklärung veränderbar. Die von der LINKEN im Bundestagswahlprogramm 2009 sowie im ersten Programmentwurf richtige und wichtige Forderung, „...*die NATO auf[zulösen und [zu] ersetzen durch ein kollektives Sicherheitssystem*“ wird von den übrigen Parteien und den Mainstream-Medien heftig angegriffen. Sie ist eine klare friedenspolitische Option zur der von der transatlantisch orientierten politischen und ökonomischen Elite definierten außen- und sicherheitspolitischen Staatsräson.

# Über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

*Von Jan van Aken*

Die LINKE ist sich einig: Wir sind die Partei des Friedens. Wir lehnen Kampfeinsätze der Bundeswehr ab. Punkt. Dafür würden auf jeder Ortsversammlung und jedem Parteitag gefühlte 150% unserer Mitglieder stimmen. Und gerade das Friedensthema ist für sehr viele LINKE eine echte Herzensangelegenheit, bei der die Emotionen hochkochen und die Einsatzbereitschaft besonders groß ist. Beim Frieden kennen wir keine Kompromisse.

Das Problem ist nur, dass die Partei sich oft nicht einig ist, wenn es um die Details geht – wichtige Details, die im wirklichen Leben eine ganz reale und entscheidende Rolle spielen können. Sollen Bundeswehrsoldaten im Sudan stationiert werden, um dort den Nord-Süd-Friedensprozess abzusichern? Sollen die Vereinten Nationen eine Küstenwache am Horn von Afrika organisieren, um an Stelle der NATO und der EU dort den Schiffsverkehr zu sichern? Mit diesen Fragen sind wir als Bundestagsfraktion konfrontiert, und hier werden immer wieder Differenzen innerhalb von Fraktion und Partei offenbar.

## Kapitel IV und VII der UN-Charta

Eines vorweg: Das hat nur manchmal etwas mit der Frage „Regieren oder Opponieren?“ zu tun. Ich persönlich hätte zum Beispiel kein prinzipielles Problem mit einer Regierungsbeteiligung der LINKEN, würde aber sehr rigide und klar definierte Grenzen für Auslandseinsätze ziehen. Es ist also weniger eine taktische Diskussion als eine von Weltanschauung und unterschiedlichen politischen Linien geprägte.

Im Mittelpunkt der Diskussion stehen oft die Kapitel VI und VII der Charta der Vereinten Nationen. Das Kapitel VI der UN-Charta trägt die Überschrift: „Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“ (vielleicht sollten wir der Satzung der LINKEN auch mal ein solches Kapitel anfügen?). Vereinfacht gesagt sind Einsätze nach Kapitel VI Blauhelm-Einsätze, bei denen die UN-Truppen nicht in einem Krieg oder Konflikt kämpfen, sondern - in der Regel nach einem Krieg - mit Zustimmung aller Beteiligten den Friedensprozess unterstützen. Dazu gehört zum Beispiel die Überwachung eines Waffenstillstands, die Entwaffnung von ehemaligen Kriegsparteien mit deren Zustimmung oder die Kontrolle von entmilitarisierten Zonen. Gewalt darf dabei von UN-Kräften ausschließlich zur eigenen Selbstverteidigung angewandt werden. Auch die Blauhelme werden unterschiedlich gesehen in unserer Partei: ich persönlich habe kein Problem mit solchen Blauhelm-Einsätzen (war ich doch früher bei den Vereinten Nationen selbst mal eine Blaumütze), aber es gibt auch Stimmen in der Partei, die grundsätzlich gegen jede Art von Auslandseinsätzen sind - auch gegen diese.

In Kapitel VII der UN-Charta geht es demgegenüber um den Einsatz bewaffneter Truppen zur „Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens“. Erlaubt ist dabei auch, so wörtlich in Artikel 46, die „Anwendung von Waffengewalt“ – auch über die Selbstverteidigung hinaus.

DIE LINKE hat sich wiederholt gegen solche Einsätze ausgesprochen. Doch nicht immer so klar und eindeutig, wie manche glauben und wie es auch erforderlich wäre: Denn mal lehnen wir „Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII“ ab (Programmatische Eckpunkte), mal „Auslandskriegseinsätze“ (Bundestagswahlprogramm), ohne dass diese Begriffe klar definiert sind.

## **Das Sudan-Mandat**

Genau das hat auch zu dem unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Bundestagsfraktion in Sachen Sudan geführt. Im Juli dieses Jahres haben sich 25 Abgeordnete unserer Fraktion bei der Abstimmung zum Bundeswehreinsatz im Süd-Sudan enthalten, obwohl es sich um einen Einsatz der Bundeswehr nach Kapitel VII der UN-Charta handelt. Ein Argument war, dass die Bundeswehr dort nicht kämpft und es sich nicht um einen Kriegseinsatz handelt.

Ich halte das für einen großen Fehler. Der UNO-Einsatz im Süd-Sudan (UNMIS) erfolgt zumindest in Teilen nach Kapitel VII – so steht es wörtlich in der Resolution des UN-Sicherheitsrates und im Mandat des Bundestages. Dort wird der Einsatz von Gewalt über die Selbstverteidigung hinaus eindeutig genehmigt, unter anderem zum Schutz von Zivilpersonen. Letzteres mag naive Gemüter zu dem Glauben verführen, ein solches Mandat könne akzeptiert oder zumindest toleriert werden. Doch wenn wir erst einmal anfangen, zwischen „guten“ und „schlechten“ Kampfeinsätzen zu unterscheiden, werden wir es früher oder später nur den Grünen und der SPD nachmachen, die mit den hanebüchensten Begründungen noch jeden Kampfeinsatz rechtfertigen.

Zwar gleicht der Einsatz von einer Handvoll Bundeswehrsoldaten im Süd-Sudan momentan eher einem Blauhelm-Einsatz. Bislang waren die Soldaten dort auch nicht in Kämpfe verwickelt. Es ist jedoch völlig falsch, die Abstimmung über ihr Mandat davon abhängig zu machen, wie dieses Mandat derzeit umgesetzt wird. Entscheidend ist doch, was das Mandat zulässt – die Situation im Sudan kann in kürzester Zeit eskalieren und die UNMIS-Soldaten können schon bald aktiv in Kämpfe verwickelt sein.

## **Es geht um die konkreten Auslandseinsätze**

Auch dass die UNO seit Jahren nur noch Blauhelm-Einsätze verabschiedet hat, die ganz oder teilweise auf Kapitel VII beruhen, darf kein Grund dafür sein, dem einen oder anderen Einsatz nach Kapitel VII zuzustimmen, weil er ja „irgendwie“ ganz friedlich und „eigentlich“ wie ein Kapitel VI-Einsatz verläuft. Wenn eine gewaltfreie Blauhelm-Mission sinnvoll ist, dann soll sie auch eindeutig nach Kapitel VI mandatiert werden und damit Kampf- oder Kriegseinsätze definitiv ausschließen.

Was lernt uns das? Erstens müssen wir in der Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr präziser werden. Begriffe wie „Kriegs-“- oder „Kampfeinsätze“ und unsere roten Linien müssen klarer definiert werden. Ich persönlich bin dafür, grundsätzlich jeden Einsatz nach Kapitel VII abzulehnen, ohne dass er noch diffus als „Kriegseinsatz“, „Kampfeinsatz“ oder sonstwie qualifiziert werden muss.

Auf dieser Basis kann auch die Debatte um Auslandseinsätze von taktischen Überlegungen zur Frage der Regierungsbeteiligung freigehalten werden. Falls sich diese Frage 2013 oder 2017 tatsächlich stellen sollte, wird es konkret um die laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr gehen. Mit Ausnahme von UNMIS sind wir uns alle einig, dass es eine Regierungsbeteiligung nur geben kann, wenn diese Einsätze sofort beendet werden. Mit trennscharfen „roten Linien“ zu Kapitel VI und VII gilt es, diesen Konsens auch hinsichtlich UNMIS (wieder) zu vervollständigen. Egal, worüber mit SPD und Grünen je verhandelt werden sollte: in der Friedensfrage darf und wird es keine faulen Kompromisse mit der LINKEN geben.

## **Internationale Polizeieinsätze**

Eine andere Kontroverse in der Fraktion betrifft internationale Polizeieinsätze. In vielen Punkten sind wir uns einig: So finden wir die Ausbildung von Polizeikräften im Ausland prinzipiell in Ordnung - aber nur in engen Grenzen. Es muss ausgeschlossen sein, dass Polizisten in einem laufenden bewaffneten Konflikt bzw. Krieg ausgebildet werden. Das geschieht derzeit in Afghanistan, wo Afghanen zu Polizisten ausgebildet, aber faktisch wie Soldaten im Krieg eingesetzt werden - meist als schnell verheiztes Kanonenfutter. Ebenfalls muss ausgeschlossen sein, dass Deutschland Polizisten für undemokratische oder menschenrechtsverletzende Regimes ausbildet oder paramilitärische Polizeiapparate unterstützt.

Kontrovers diskutieren wir jedoch Auslandseinsätze deutscher Polizisten in „operativer“ Mission, also in unmittelbarer Polizeifunktion. Ganz konkret wird die Frage bei der Piraten-Bekämpfung vor Somalia. Wir als LINKE sind geschlossen gegen den Bundeswehreinsatz dort (die Mission ATALANTA), haben aber in der Vergangenheit eine UN-Küstenwache vor dem Horn von Afrika für den Schutz der zivilen Schifffahrt vorgeschlagen. In Deutschland ist die Küstenwache Polizeiaufgabe, insofern wäre das ein operativer Polizeieinsatz.

Einerseits ist es richtig, dass das Piraterieproblem nicht polizeilich oder militärisch gelöst werden kann. Es gibt viele Ursachen für die Piraterie, nicht zuletzt der illegale Fischfang europäischer Flotten vor den Küsten Somalias. Insofern kann das Problem tatsächlich nur langfristig und politisch gelöst werden.

Andererseits ist es den gekidnappten Seeleuten wohl herzlich egal, wo die tieferen Ursachen des somalischen Konfliktes liegen. Ihnen muss hier und jetzt praktisch geholfen werden. Wir als Partei des Völkerrechts können dieses Problem nicht einfach aussitzen, Rechtsbrüche ignorieren und auf eine grundsätzliche Lösung in ferner Zukunft verweisen. Wir haben auch die Ver-

pflichtung, dem Völkerrecht – hier: dem Piraterieverbot – Geltung zu verschaffen. Da ist der nicht-militärische Einsatz einer Küstenwache, unter Kontrolle der UNO und damit befreit von möglichen nationalstaatlichen Partikularinteressen, eine denkbare Lösung.

## **Krieg und Frieden keine Frage taktischer Erwägungen**

All diesen Fragen müssen wir als Fraktion und als Partei frei von taktischen Vorbehalten stellen, denn sie können im wahrsten Sinne des Wortes kriegsentscheidend sein: Es geht darum, ob wir jetzt Entscheidungen fällen, die eine schleichende Entwicklung hin zur Befürwortung von Kriegseinsätzen möglich machen oder nicht. Wenn wir nicht wie SPD und Grüne als Bettvorleger der Bundeswehr enden wollen, müssen wir unsere friedenspolitischen Grundsätze unmissverständlich formulieren – in der tagespolitischen Arbeit ebenso wie in unserem Grundsatzprogramm.

*Der Beitrag erschien in der Hamburg Debatte (Debatten- und Theoriemagazin der LINKEN in Hamburg), Heft 3/2010: [www.die-linke-hh.de](http://www.die-linke-hh.de)*

# Wer Europa retten will, muss es neu gründen!

*Von Fabio De Masi*

Gabi Zimmer betont in ihrem Beitrag zur Programmdebatte DIE LINKE müsse Europa ernst nehmen. Der Vertrag von Lissabon habe der Europäischen Union (EU) eine eigene Rechtspersönlichkeit verliehen. Beides ist richtig. Doch was folgt daraus? Gabi Zimmer meint wir sollten uns nicht am Vertrag von Lissabon oder der Europäischen Wirtschaftsregierung die Zähne ausbeißen. Wichtig sei u.a. das Engagement unserer Europaparlamentarier sowie der vielen lokalen Akteure unserer Partei. DIE LINKE beziehe sich zu stark auf den Nationalstaat und solle vorbehaltlos für die Erweiterung der EU streiten. Ich halte eine solche Strategie für falsch. Sie wird Europa schaden.

## Europa vs. Nationalstaat?

Die EU ist kein Staat sondern ein Staatenbund. Dieser Unterschied ist wichtig. Der Antrieb für die europäische Integration war, Deutschland nach Faschismus und 2. Weltkrieg sicherheitspolitisch einzubinden und den Einfluss der USA über Westeuropa im Kalten Krieg zu sichern. Es ist nachvollziehbar, dass Teile der deutschen Linken aus historischen Gründen in Europa eine Versicherung gegen „nationale Besoffenheit“ sahen. Aber muss DIE LINKE sich die EU schön trinken, weil sie durstig nach Veränderung ist? Europa ist nicht besser oder schlechter, weil es keine Nation ist. Sonst wären auch der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die NATO natürliche Verbündete der Linken.

In vielen Staaten Europas, wie etwa den skandinavischen Ländern, gilt der Nationalstaat weiterhin als demokratische Errungenschaft. Natürlich sollte DIE LINKE für eine europäische Öffentlichkeit streiten. Aber die Proteste gegen den Raubzug der Banken und Regierungen gegen die Bevölkerung oder den Krieg in Afghanistan finden zunächst in Madrid, Athen oder Berlin statt. Die Europaabgeordnete Gabi Zimmer sollte wissen, dass der Satz im Parteiprogramm „Entscheidend für die Durchsetzung eines Politikwechsels ist die bundespolitische Ebene“ auch europapolitisch stimmt. Die wesentlichen Entscheidungen in Brüssel werden nach wie vor von Merkel, Sarkozy, Cameron oder Berlusconi getroffen; das Europäische Parlament hat selbst nach der fünften Vertragsrevision noch immer kein Initiativrecht (mit Ausnahme von Vertragsänderungen, die jedoch der Zustimmung von 27 Mitgliedstaaten bedürfen). So verweigerte der ehemalige irische Binnenmarktkommissar und Finanzlobbyist McCreevy eine striktere Regulierung von Hedge-Fonds, trotz eindeutiger Beschlüsse des Europäischen Parlaments. Wer die EU verändern will, braucht daher Druck in Europas Hauptstädten.

## **Erweiterung oder Vertiefung?**

DIE LINKE wird keinem Land einen EU-Beitritt verweigern. Aber bedeutet dies, dass EU-Beitritte immer und überall sinnvoll sind? Beitritte unter neoliberaler Regie führen zu ökonomischen Verwerfungen, vor allem in den Beitrittsländern selbst. Die Erweiterungen um Spanien oder Irland waren von massiven Finanztransfers geprägt. Eine solche Politik ist aber nicht länger vorgesehen:

Die Kopenhagener Kriterien verlangen von Beitrittsländern Marktöffnung. Ungarn, Lettland und Rumänien hängen nunmehr am Tropf von EU und IWF-Krediten, weil ihre übereilte Marktöffnung zu einem massiven Kapitalzufluss bei wachsenden Handelsdefiziten führte.

Eine linke Partei muss Beitritte daran messen, wem sie nützen: In vielen EU-Staaten sowie potentiellen Beitrittsländern gibt es mächtige Industrien, die sich durch einen EU-Beitritt einen besseren Marktzugang erhoffen. Die deutsche Politik hatte seit jeher großes Interesse an der Öffnung der osteuropäischen Märkte. Osteuropa war aufgrund der geographischen Lage natürlicher Absatzmarkt und verlängerte Werkbank für die deutsche Exportindustrie. Deutsche Unternehmen haben sich ebenso in Griechenland eingekauft, während Griechenland wiederum auf den Markteintritt auf dem Balkan hoffte. Den letzten beißen die Hunde.

Auch die ab Mai 2011 anstehende Arbeitnehmerfreizügigkeit für osteuropäische Unionsbürger ist eine Folge der Erweiterung. DIE LINKE hat die Freizügigkeit der Beschäftigten begrüßt, aber auch der Bundesverband der deutschen Industrie. Denn in Abwesenheit von Mindestlöhnen und bei hoher Arbeitslosigkeit führt Freizügigkeit zu Ausbeutung der Beschäftigten. DIE LINKE kritisiert nicht die Freizügigkeit, wohl aber die deutsche Politik, weil sie Lohndumping zulässt. DIE LINKE sollte daher auch Erweiterungen kritisch begleiten.

Auch mit Kerneuropa ist es komplizierter: Die Bundesregierung versucht eine engere Koordination der Euro-Zone mit dem Verweis auf die EU 27 abzuwehren. Die Bundeskanzlerin begründet ihre Haltung mit dem Anspruch, die gesamte EU nicht Kerneuropa zu vertreten. Tatsächlich will sie viele Veto-Spieler versammeln, um die Kritik der französischen oder spanischen Regierung am deutschen Lohndumping abzuwehren.

## **Braucht Europa andere Kommissare oder andere Verträge?**

Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Die EU hat Einfluss, nicht mit einer Armee oder einem (bescheidenen) Haushalt, sondern mit Verträgen. Was „die Finanzmärkte“ oder „die Globalisierung“ über die Märkte in den Nationalstaaten durchsetzen, macht die EU über Verträge bzw. den Europäischen Gerichtshof (EuGH).

Selbst mit linken Regierungen in 26 von 27 Mitgliedsstaaten werden die EU-Verträge nicht außer Kraft gesetzt. Es ist kein Zufall, dass sozialdemokratische Regierungen in Spanien und Griechenland gegen die eigene Bevölkerung die härtesten Kürzungen in der Geschichte ihrer Länder

durchsetzen, während sich Rechtspopulisten in Ungarn mit dem IWF streiten. Wer Europa ändern will muss daher an die Verträge ran.

## **Prinzip Lohndumping**

Der europäischen Binnenmarkt beruht auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung („Herkunftslandprinzip“). Die EU-Verträge garantieren die Binnenmarktfreiheiten (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr). Diese Prinzipien sind dafür verantwortlich, dass Europa um die schlechtesten Löhne und sozialen Standards wetteifert.

Die Freiheit des Binnenmarktes bzw. das Herkunftslandprinzip bedeuten: Eine britische Bank in Frankreich wird grundsätzlich von der „City of London“ und nicht von Paris kontrolliert. Oder ein polnisches Unternehmen kann einer polnischen Reinigungskraft in Deutschland den polnischen Lohn bezahlen (umgekehrt wird ein deutsches Unternehmen in Polen aber sehr gerne den niedrigeren polnischen Lohn bezahlen). Diese „Freiheit“ darf höchstens noch durch Mindestlöhne bzw. allgemeinverbindliche Tarifverträge eingeschränkt werden. Aus Mindestlöhnen werden so Höchstlöhne und aus Binnenmarktfreiheiten wird die Unfreiheit der Lohnabhängigen.

Dass die EU-Kommission vereinzelt auch fortschrittliche Initiativen lanciert, etwa im Bereich der Antidiskriminierung oder des Verbraucherschutzes ist kein Widerspruch. Denn so sehr diese Initiativen zu begrüßen sind, sie dienen der Harmonisierung des Binnenmarktes und führen über das EU-Recht in bestimmten Fällen sogar zur niedrigeren Standards in Mitgliedstaaten mit einer starken Gleichstellungstradition oder hohem Verbraucherschutz. Wir sollten auch nicht vergessen für wen wir Politik machen: Verlangt die EU-Kommission ein Gleichstellungsgesetz für Frauen in Konzernetagen ist das gut. Aber würde die EU Lohndumping unterbinden, ginge es auch der Reinigungskraft oder der Wurstverkäuferin besser.

## **Vertrag von Lissabon stürzt Europa in die Krise**

DIE LINKE hat mit ihrem Nein zum Vertrag von Lissabon und ihrer Kritik an einer Währungsunion ohne wirtschaftspolitische Koordinierung Weitsicht bewiesen. Die Euro-Krise hat uns Recht gegeben, unsere Kritiker hatten Unrecht. Nicht wir sind die Anti-Europäer, sondern Jene, die Politik gegen 490 Millionen Menschen in der EU machen.

Der Vertrag von Lissabon hat die Krise verschärft. Drei Beispiele: Island will als Reaktion auf die Wirtschaftskrise des kleinen Inselstaates dem Euro beitreten. Um die Wirtschaftskrise zu bewältigen hat Island Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Mit dem Beitritt zur EU müssten diese Kapitalverkehrskontrollen fallen, weil die EU-Verträge sie verbieten. Zweitens, um das Rettungspaket für Griechenland zu schnüren mussten die EU-Mitgliedstaaten gegen die EU-Verträge verstoßen. Denn Hilfen für notleidende Währungspartner sind in den EU-Verträgen ausdrücklich verboten. Die EU erklärte die Krise in Griechenland daher kurzerhand zur Naturkatastrophe. Drittens, Banken verdienen an der Staatsverschuldung, die sie verursacht haben. Sie leihen

sich billiges Geld bei der Europäischen Zentralbank (EZB) und verleihen es zu Wucherzinsen an Euro-Staaten. Die EU-Verträge verbieten direkte Kredite der EZB an EU-Staaten und schützen somit die Macht der privaten Kapitalmärkte und Spekulanten.

## **Koordination der europäischen Wirtschaftspolitik**

Der Vize-Exportweltmeister Deutschland hat wegen seiner Billiglöhne immer mehr Waren und Dienstleistungen ins Ausland verkauft als von dort eingekauft. Die privaten Haushalte und Unternehmen unserer EU-Partner mussten sich daher zunehmend verschulden, um die Importe aus Deutschland zu finanzieren. Dies und nicht etwa zu hohe Staatsausgaben ist der Kern der Euro-Krise. Die Bevölkerung in Europa zahlt nun die Rechnung für Exportindustrie und Banken – mit Rettungs- sowie Sparpaketen.

Wir brauchen eine Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Lohnpolitik statt einer Verschärfung des dummen Wirtschafts- und Stabilitätspaktes. Sonst drohen neue Schuldenkrisen oder eine Auflösung der Währungsunion. Eine dauerhafte Transferunion bzw. permanente Rettungspakte wird die Bevölkerung zu Recht nicht akzeptieren. Der Aufstieg der Rechtspopulisten in Osteuropa, den Niederlanden oder selbst der Herzkammer Europas – Belgien – sind eine deutliche Warnung.

Wir sollten daher rufen nicht flüstern, dass Europa neue Verträge braucht. Auch die wirtschaftspolitische Koordination der Euro-Zone gehört in den Mittelpunkt unserer Politik. Den „Neo-Kolonialismus“ den Gabi Zimmer in der europäischen Außenpolitik bemängelt, gibt es auch im Herzen Europas. Ohne linken Mut die EU hart zu kritisieren, werden Rechtspopulisten Europa übernehmen. Ohne Neugründung der Europäischen Union (EU) ist Europa nicht mehr zu retten.

# Arbeitsbegriff & Feminismus im Programmmentwurf

## Auszüge aus Debattenbeiträgen

*Wir dokumentieren teilweise gekürzte Beiträge zur Debatte um den Arbeitsbegriff und zu Feminismus im Programmmentwurf. Alle Original- und weitere Dokumente sind zu finden auf [www.linke-programm.de](http://www.linke-programm.de). Die veröffentlichten Inhalte müssen nicht die Position der Sozialistischen Linken widerspiegeln.*

### Programmmentwurf feministisch überarbeiten

*Beschluss der 3. Bundesfrauenkonferenz der LINKEN (10. 10. 2010)*

Wir LINKE-Frauen fordern von der Redaktionskommission und dem Parteivorstand eine grundlegende Überarbeitung des Programmmentwurfes aus feministischer Perspektive. Unsere Forderungen betreffen die folgenden Bereiche:

- a) Geschichte: Wir fordern, dass die Geschichte von Frauen und ihrer Kämpfe in ihrer Unterschiedlichkeit berücksichtigt und gewürdigt wird. Dazu gehört die Geschichte der Frauenbewegungen als eine wesentliche Wurzel der LINKEN. Dazu gehören auch die Erfahrungen der ostdeutschen Frauen im Vorfeld von 1989 und von westdeutschen Frauen im Rahmen der zweiten Frauenbewegung.
- b) Geschlechterverhältnisse in Analyse und Vision: Eine Analyse der patriarchalen Geschlechterverhältnisse fehlt in der im Programmmentwurf formulierten Analyse der Gesellschaft nahezu komplett, sollte aber grundlegend die Analyse der Gesellschaft bestimmen. Die im Programmmentwurf formulierte Analyse fällt noch hinter die These vom Nebenwiderspruch zurück. Neben patriarchaler Unterdrückung fehlt jeder Begriff von rassistischen und heteronormativen Geschlechterverhältnissen. Weil dem so ist, kann auch keine gesellschaftliche Zielbestimmung vorgenommen werden, die die Überwindung aller Herrschaftsverhältnisse einschließt.
- c) Arbeitsbegriff: Der dem Programmmentwurf zugrunde liegende Arbeitsbegriff ist aus einer männerdominierten Perspektive verfasst. Wir wollen weg von der Fixierung unserer Programmatik auf Lohn- und Erwerbsarbeit, wenden uns gegen die Hierarchisierung unterschiedlicher Arbeiten. Wir fordern eine Neubewertung und Umverteilung von Arbeit. Zu einem Konzept der guten Arbeit der LINKEN kann keine Arbeit gehören, die auf der Zerstörung von natürlichen Ressourcen und menschlichem Leben basiert.

## Position zum Beschluss der 3. Bundesfrauenkonferenz

*Von Kersten Artus*

Zwar ist es Arbeit, wenn ich zuhause putze, wasche, koche, aufräume, Kinder oder gebrechliche Angehörige betreue und pflege. Aber nur wenn ich eine Tätigkeit zum Zwecke des Profits für jemand anderen erbringe, sich also meine Arbeitskraft zur Ware oder zur Dienstleistung reduziert, kann sie überhaupt bewertet und damit bezahlt werden. Alle Tätigkeiten, die ich als Familienmitglied, als Mutter, Tochter, Schwiegertochter oder Hausfrau erbringe, kann und darf nicht bewertet und bezahlt werden. Dies würde meinen Vorstellungen von Zivilgesellschaft entgegenstehen, weil das menschliche Miteinander auf eine Warenbeziehung reduziert würde. Was ich aus Liebe und Fürsorge und Verantwortung gegenüber anderen tue, darf nicht in ökonomische Einzelteile zerlegt und bewertet werden. (...)

Die vermeintliche Reduzierung des Arbeitsbegriffs auf Lohnarbeit ist daher keine Reduzierung, sondern drückt knochentrocken und treffend die Rolle und Bedeutung der Ware Arbeitskraft in der kapitalistischen Produktion aus. Der Unternehmer beschäftigt Frauen und Männer nach seinem Gusto und bezahlt dafür. Er bezahlt soviel, wie er muss, wie in Streiks erkämpft wurde, wie die Kräfteverhältnisse es austariert haben. Männerarbeit wurde und wird traditionell so bezahlt, dass theoretisch eine Familie davon leben kann. Frauenarbeit wird traditionell so bezahlt, dass es ein Hinzuverdienst zum Familieneinkommen ist. Verankert sind diese Ungleichheit in vielen Tarifverträgen. Wo es keine Tarifverträge gibt, ist die Entlohnung von Arbeit generell schlecht, für Frauen noch einmal schlechter als für Männer. Die Bewertung von Männer- und Frauenberufen erfolgt zudem extrem ungleich, dies führt dann zu ebenso schlechter Bezahlung von Männern, wenn sie in Frauenberufen tätig sind. (...)

Der antipatriarchale Charakter des Programmentwurfs ergibt sich aber in jeder Rubrik. Bereits in der Präambel werden unsere Traditionen, u.a. eben auch die „Kämpfe für Emanzipation“ beschrieben. Es steht dort auch, dass wir „eine neue politische Kraft“ sind, die „für Gleichheit“ steht und „feministisch“ ist. Was fehlt da?

I. beschreibt die verschiedenen Herkünfte der Mitglieder unserer pluralen Partei. Ich lese „die Frauenbewegung“. Ich lese auch, dass es lokale Unterschiede gab, zum Beispiel die „wirtschaftlichen Eigenständigkeit der Frauen im Osten Deutschlands“. Warum kritisiert der Beschluss, dass die Erfahrungen der ostdeutschen Frauen im Vorfeld von 1989 nicht gewürdigt werden? Allerdings wird zurecht kritisiert, dass die erfolgreichen Kämpfe der westdeutschen Frauen gegen die Leichtlohngruppen in den 1970er Jahren fehlen (Schickedanz).

Unter II. werden die widersprüchlichen Folgen für die Frauen in der Dritten Welt beschrieben, für die sich „Möglichkeiten der Erwerbsarbeit und damit der Emanzipation“ ergaben, jedoch zugleich kapitalistischen Zwängen unterworfen wurden. Ich begrüße in diesem Zusammenhang den internationalen, globalen Ansatz des Programmentwurfs.

Unter III. sind unsere Vorstellungen von einer Gesellschaft beschrieben, in der die „Gleichheit der Geschlechter gewährleistet ist“. Ich finde es gut, dass es auch hier eine spezielle Berücksichtigung gab.

IV. beschreibt die Reformprojekte der Partei die LINKE, es ist der umfassendste Absatz im Programmtext. Dazu gehört richtigerweise „die soziale Gestaltung und gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen notwendigen Arbeiten, insbesondere zwischen Männern und Frauen“. Ausgehend davon, dass wir als Partei „gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit“ fordern, finde ich hier einen ausgesprochen konkreten frauenspezifischen Ansatz. Wir wollen das frauenfeindliche „Ehegattensplitting“ abschaffen und „niedrige und mittlere Einkommen entlasten“ – was überwiegend Frauen zu Gute kommen würde. Der „Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit“ wird ein eigener Abschnitt gewidmet, in dem zutreffend analysiert wird, dass es immer noch kein „ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern gibt“. Befriedigend lese ich, dass Frauen erbringen mehr als die „Hälfte aller Arbeit“ erbringen und „geringe Bezahlung und lange Arbeitszeiten“ sie benachteiligen. Dann lese ich „DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischem Anspruch“, es folgen zentrale Forderungen der gewerkschaftlichen aber auch der bürgerlichen Frauenbewegung nach „Gleichstellungsgesetzen“, „ganztägige gebührenfreien Kinderbetreuung“, „Quotierung“, „flexible Arbeitszeit und Arbeitsmöglichkeiten“. (...)

Liebe Genossinnen, hätte ich den Beschluss der 3. Bundesfrauenkonferenz gelesen, ohne den Programmtext zu kennen, würde ich innerparteilich den Aufstand zu organisieren oder die Partei wechseln. So aber bin ich eher ratlos, warum die Kritik an dem Programmtext so harsch formuliert wurde. (...)

Selbst die Eigentumsfrage wird gestellt: Sie ist von ihrem Wesen her antipatriarchal, denn die Verschränkung von Klasse und Geschlecht und der Weg in eine neue Gesellschaftsform ohne Ausbeutung spielt eine zentrale Rolle bei der Analyse und der Überwindung der Unterdrückung der Frau. Dies halte ich daher auch für den wesentlichen Punkt im Programmtext: Wenn wir die Verhältnisse so belassen, wie sie sind, wird sich die patriarchale Gesellschaft nicht verändern. Denn sie existiert aufgrund der herrschenden Besitzverhältnisse. Da nutzen auch quotierte Aufsichtsräte nichts (...)

Die Vier-in-einem-Perspektive ist ausgewiesen eine Utopie. Daher werde ich mich – trotz ihrer inspirativen Kraft und Anregung für eine Debatte um die Arbeitsverteilung der Zukunft – nicht für eine Aufnahme in das Programm einsetzen. Es stehen außerdem gute und zutreffende Passagen zur Umverteilung der Arbeit und zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich im Entwurf. Wörtlich lese ich: „Die Beschäftigten brauchen zudem größere Mitbestimmungsrechte in Bezug auf ihre Arbeitszeit, und genügend freie Zeit zur Erholung, Muße und selbst bestimmte Tätigkeiten, ... längerfristig streben wir die 30-Stunden-Woche an“.

## **Bemerkungen zum Appell linker Frauen zur Resolution der 3. Bundesfrauenkonferenz**

*Von Ulrike Zerhau, Sybille Stamm, Frigga Haug u.a.*

Ja, Arbeit muss in ihrer gesamten Bedeutung dargestellt werden, nicht nur in ihrer Form der Lohnarbeit, die verausgabt und (re)produziert werden muss! Im Kampf um die Grenzen der Ausbeutung der im kapitalistischen Produktionsprozess Arbeitenden entscheiden sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Erwerbsarbeit beinhaltet immer mehreres zugleich: Ausbeutung, Existenzsicherung, Anteilnahme an gesellschaftlichen, öffentlichen Auseinandersetzungen und Chance der Emanzipation. Deshalb ist der Erwerbssektor zentral, deshalb sollen möglichst alle erwerbstätig und an den Kämpfen beteiligt sein können. Deshalb ist die Einbeziehung aller in die Erwerbsarbeit im Sinne eines Rechts auf einen Arbeitsplatz auch ein linkes Ziel.

„Erwerbsarbeit und nur (!) Erwerbsarbeit schafft Einkommen“ ist eine verdrehte (niemand wird bestreiten, dass sogar jede Menge Einkommen z.B. aus dem Eigentum an Aktien entspringt) und damit falsche Beschreibung der ökonomischen Tatsache, dass nur die menschliche Arbeit Werte schafft. (...)

Arbeit ist nicht zuerst und allein Lohnarbeit. Sie ist unabhängig von konkreten Gesellschaftsverhältnissen zweckmäßige bewusste Tätigkeit des Menschen. „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert“ schreibt Marx (MEW 23, S. 192). Dieser Arbeitsbegriff, den Marx bereits in der deutschen Ideologie entwickelt hat und der den schöpferischen und wertschaffenden Charakter menschlicher Arbeit beschreibt, wird in „Der Kritik der Politischen Ökonomie“ nur unter der spezifisch-kapitalistischen Gesellschaft weiter verfolgt. Mit gutem Grund, weil das Erkenntnisinteresse von Marx die Analyse des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses war. Diese Beschränkung des Arbeitsbegriffes ist für ein linkes, auf demokratischen Sozialismus orientierendes Parteiprogramm jedoch zu kurz.

Im Kapitalismus werden nur die Arbeiten, mit denen sich Profit machen lässt, geschätzt. Gäbe es nur diese, wäre ein Überleben der Menschen gar nicht möglich. Alle anderen Arbeiten, selbst die lebensnotwendigen und systemerhaltenden, erfahren nur geringe Achtung. Sie sind, unter Ausnutzung alter patriarchaler Über- und Unterordnungsverhältnisse, zumeist den Frauen zugewiesen. Diese Tatsache ist in der Linken eigentlich ausdiskutiert und seit Jahrzehnten unstrittig.

Die Forderung der Frauenkonferenz nach einer Neubewertung von Arbeit als Forderung nach Bezahlungskriterien für alle Formen der Arbeit umzudeuten, ist schlicht Quatsch. Es geht im Gegenteil darum, die radikal verkürzte Erwerbsarbeit von allen so zu bezahlen, dass man davon gut leben kann und daher Zeit und Engagement für die anderen Sektoren des Menschseins aufbringen kann. Keine der Frauen hat gefordert, dass sie für Arbeiten bezahlt werden will, die aus

Zuneigung, Freude und Verantwortung für die Menschen geleistet werden, mit denen wir zusammenleben. (Wie eigentlich nennen wir die Tätigkeit unserer hauptberuflich tätigen ParteipolitikerInnen?) Andererseits werden Sorge-, Pflege- und Betreuungsarbeiten tatsächlich schon lange auch in Warenform erbracht. Im Sozialstaat in öffentlichen Einrichtungen und im neoliberalen Staat von privaten Unternehmen. In unseren Investitionsprogrammen nehmen professionell in Erwerbsarbeit erbrachte Sorge- und Dienstleistungen, z.B. in der Kindererziehung und der Altenpflege, einen nicht unwesentlichen Stellenwert ein.

## **Zum Arbeitsbegriff und der Kritik der Bundesfrauenkonferenz**

*Von Ralf Krämer*

Es fehlt im Programmentwurf insgesamt eine systematische Analyse nicht nur der Geschlechterverhältnisse, sondern auch der Klassenverhältnisse oder anderer Herrschaftsstrukturen. Die Behauptung der Bundesfrauenkonferenz, die im Programmentwurf formulierte Analyse fiele „noch hinter die These vom Nebenwiderspruch zurück“, ist deshalb unbegründet. (...)

Ich teile völlig einen allgemeinen Begriff der Arbeit als zweckmäßige bewusste Tätigkeit. Es ist auch völlig unstrittig, dass es verschiedene Bereiche gibt, in den gesellschaftlich notwendige Arbeit geleistet wird, und dass es neben der Lohn- und anderen Erwerbsarbeit auch Arbeit in anderen gesellschaftlichen Formen gibt. (...)

Ich sehe nicht, wo irgendetwas im Programmentwurf diesem Arbeitsbegriff widerspricht, wie sich der Vorwurf der „männerdominierten Perspektive“ begründet, wo eine „Hierarchisierung unterschiedlicher Arbeiten“ formuliert wird. Es geht nicht um den Arbeitsbegriff, sondern um Schwerpunktsetzungen und Defizite des Entwurfs, das ist etwas anderes. Tatsächlich finden sich im Entwurf eine ganze Reihe von Aussagen, die alle nur Sinn machen, wenn nicht nur die Erwerbsarbeit als Arbeit betrachtet wird. (...)

Es ist richtig so, dass „Gute Arbeit“ im Sinne der demokratischen und sozialen Gestaltung der Lohnarbeit eine wichtige Rolle im Programmentwurf spielt. Und zwar weil dies im Mittelpunkt der sozialen Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung – der Frauen wie der Männer – steht und weil die Erwerbsarbeit viel mehr gesellschaftlich-politischer Regulierung und Gestaltung zugänglich ist als die unbezahlte Arbeit. Die Begrifflichkeit „Gute Arbeit“ greift bewusst gewerkschaftliche Ansätze auf, die breit verankert sind, dies ist wichtig für DIE LINKE. Und ich fände es politisch falsch und auch antiemanzipatorisch, wenn diese Schwerpunktsetzung als „männerdominierte Perspektive“ bezeichnet würde.

Die Erwerbsarbeit hat zudem die besondere ökonomische Bedeutung, die sich von anderen – unbezahlten – Formen der Arbeit unterscheidet, dass nur sie die ökonomischen Werte und damit Einkommen produziert und damit auch die ursprüngliche Quelle aller anderen Einkommen

und der Finanzierung des Sozialstaats ist. Eigentum an Aktien und anderem Kapital ermöglicht die Aneignung von Einkommen, aber geschaffen werden die Werte und damit die Einkommen durch die Arbeit. Nur Erwerbsarbeit produziert die Güter und Dienstleistungen, die mit Geld gekauft werden können. Die zentrale Rolle der Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Produktion und Verteilung wird indirekt daran deutlich, wie zentral die Verfügung über Geld für die Menschen in der heutigen Gesellschaft ist.

Falsch ist auch die Kritik, die Katja Kipping immer wieder bringt. (...) Im Programmentwurf steht „Einkommen und Vermögen werden durch Arbeit erzeugt und sollen daher entsprechend dem Beitrag zum gesellschaftlichen Arbeitsprozess und sowie nach Bedürftigkeit verteilt werden.“ Kipping macht daraus, „dass allein Erwerbsarbeit als Quelle von gesellschaftlichem Reichtum angesehen wird“. Dies ist eine zweifache Verfälschung: Im Entwurf steht „Arbeit“ und nicht „Erwerbsarbeit“, und es steht „Einkommen und Vermögen“ und nicht „Reichtum“. Dies ist wichtig, denn die Natur ist ebenso wie die Arbeit Quelle des stofflichen Reichtums – aber nicht des Vermögens, also des Eigentums, und des Einkommens.

Ein anderer Satz des Programmentwurfs, den Kipping und andere immer wieder kritisieren (...) ist folgender: „Die Grundlage für die Entwicklung der Produktivkräfte ist heute und auf absehbare Zeit die Erwerbsarbeit.“ Die Betonung liegt hier auf der Entwicklung der Produktivkräfte, ihrer Dynamik. Diese entsteht in der gesellschaftlich organisierten Arbeit, im Rahmen gesellschaftlicher und globaler Arbeitsteilung und objektiver Vergesellschaftung der Forschung, Entwicklung und Produktion. Und diese gesellschaftlich organisierte Arbeit vollzieht sich ganz überwiegend in Formen von Erwerbsarbeit, vor allem Lohnarbeit. Es ist dieser gesellschaftlich organisierte Arbeits- und Produktionsprozess, in dem sich die Dynamik abspielt, und der auch die Bedingungen für die Arbeit in den privaten Haushalten umwälzt. Weder Waschmaschine noch Heimcomputer wurden in der Familie erfunden und produziert, sondern in der Industrie. Der Hinweis, dass die unbezahlte Arbeit sogar mehr Stunden ausmacht, ist da überhaupt kein Gegenargument.

## **Geschlechterverhältnisse, Arbeitsbegriff und kapitalistische Produktionsweise**

*Von Alban Werner*

(1) Ökonomische Gesetzmäßigkeit: Auch Reproduktionsarbeit ist (s.o.) schöpferisch, kreativ und - mittelbar (!) - werteschaaffend bzw. erhaltend. Aber: Erwerbsarbeit und nur (!) Erwerbsarbeit schafft Einkommen. (...)

Wir entkommen dieser >Grundtatsache< nicht, dass nur (!) Erwerbsarbeit Neuwerte schafft, die (re)investiert, konsumiert und für gesellschaftlich gewünschte Umverteilung wie z.B. durch Sozialpolitik von den Einkommen der ProduzentInnen durch Steuern oder Abgaben abgezweigt wer-

den können. Das ist der definitiv "wahre Kern" der Marx'schen Arbeitswertlehre: There is no such thing as a free lunch.

(2) Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung: Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn: wie feministische Kritikerinnen am Marxismus zu Recht bemängelt haben, steht hinter jedem "doppelt freien Lohnarbeiter" (frei von Produktionsmitteln, frei seine Arbeitskraft zu verkaufen, weil nicht an ständische Strukturen oder an die Scholle gebunden) eine dreifach unfreie Reproduktionsarbeiterin: Sie ist nicht frei von Produktionsmitteln, weil sie anders als ein Mann biologisch disponiert ist, Kinder zu bekommen; nicht frei von Verpflichtungen, weil sie die Kindererziehung übernimmt und nicht frei ihre eigene Arbeitskraft zu verkaufen, weil sie vom "Familienlohn" des männlichen Alleinernährer abhängig ist. (...)

Der Zusammenhang ist im Marxismus tatsächlich oft unzureichend berücksichtigt. Marx schreibt: „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. [...] es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ (MEW 25, Kapital Bd., 3, S. 828). Marx übersieht, dass das "Reich der Notwendigkeit" sich auch auf diejenigen Arbeiten erstreckt, die jenseits der "materiellen Produktion" liegen: Denn reproduktive Arbeiten (...) („Windelnwechseln, Kartoffelschälen, Kindererziehung, Kultur, Formen von organisiertem sozialen Zusammenhalt“) zählen mit Sicherheit zu denjenigen, durch „äußere Zweckmäßigkeit“ und zur Verhinderung von „Not“ notwendig sind.

Dass diese Arbeiten hauptsächlich von Frauen verrichtet werden anstatt paritätisch von Frauen und Männern, dass sie wenig geschätzt sind und selten gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten erschließen usw., ist aus meiner Sicht das eigentliche Skandalon. Nicht aber, dass man zwischen diesen Arbeiten und Erwerbsarbeit im o.g. Sinne unterscheidet. Es gibt, da haben die Feministinnen absolut recht, keine „natürlichen“ Gründe dafür, dass Erwerbsarbeit mehrheitlich von Männern und nicht-bezahlte Reproduktionsarbeit mehrheitlich von Frauen verrichtet wird. Aber die Schlussfolgerung daraus muss doch lauten: Umverteilung! – und nicht, die unterschiedlich geartete Unverzichtbarkeit jedes dieser beiden Arbeitstypen zu ignorieren, weil das zu falschen Schlüssen führt.

# Anträge der SL an den Programmmentwurf

## Klassengesellschaft und Klassenpolitik

*Im Kapitel II. Krisen des Kapitalismus – Krisen der Zivilisation, vor den Abschnitt Die neoliberale Wende ist ein neuer Abschnitt einzufügen:*

### **Deutschland: Eine Klassengesellschaft**

Deutschland ist nach wie vor eine kapitalistische Klassengesellschaft. Die Produktion findet überwiegend in privaten Unternehmen statt mit dem Zweck, möglichst hohe Profite zu erzielen. Die große Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als abhängig Beschäftigte. Den von ihnen produzierten Mehrwert eignen sich die Kapitaleigentümer an, sie bestimmen über seine Verwendung, über die Investitionen, und somit über die wirtschaftliche Entwicklung und die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen. Kapitalistische Interessen beherrschen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

Den Kapitalisten steht die Klasse der abhängig Arbeitenden gegenüber. Das gemeinsame Interesse der Lohnabhängigen ist es, Einkommen, Arbeitsbedingungen sowie ihre soziale Absicherung zu verbessern. Dazu müssen sie sich organisieren und kämpfen, um die kapitalistische Herrschaft und Ausbeutung zumindest zu beschränken. Der Arbeiterklasse kommt aufgrund ihrer Bedeutung für die kapitalistische Produktion eine entscheidende Rolle im Kampf für die Überwindung des Kapitalismus zu.

Noch nie in der Geschichte waren weltweit mehr Menschen dem Kapital unterworfen. Dies führt aber nicht automatisch dazu, dass die Bevölkerungsmehrheit eines Landes oder gar international gemeinsam kämpft. Das Kapital versucht weltweit, die Lohnabhängigen beständig gegeneinander auszuspielen.

Der wirtschaftliche Strukturwandel erschwert gemeinsame Kämpfe. Der Anteil der Beschäftigten in der Industrie und in Großbetrieben sinkt, immer mehr Menschen arbeiten in Dienstleistungsbereichen und in kleineren Betrieben, oft ohne Kündigungsschutz, ohne kollektive Interessenvertretung und ohne Tarifverträge. Immer mehr Arbeitsplätze werden nur noch befristet besetzt, in Leiharbeitsplätze umgewandelt oder in mehrere Minijobs aufgespalten. Der Anteil der regulären Vollzeitbeschäftigung sinkt.

Immer mehr Frauen sind erwerbstätig, doch ein großer Teil von ihnen hat lediglich eine Teilzeitstelle, die nicht ihre Existenz sichert und die sie häufig unfreiwillig akzeptieren mussten. Weiterhin wird Frauen die Hauptverantwortung für die Kindererziehung und die Pflege von Angehörigen aufgebürdet. Die Arbeitszeiten und fehlende Einrichtungen zur Kinderbetreu-

ung machen es schwierig, Erwerbsarbeit und Kindererziehung miteinander zu verbinden. Frauen und traditionell von Frauen verrichtete Arbeiten werden schlechter bezahlt, Frauen haben geringere Aufstiegschancen.

Die Beschäftigung zu Niedrig- und Armutslöhnen weitet sich aus. Auf der anderen Seite erzielen viele besser qualifizierte Beschäftigte hohe und weiter wachsende Einkommen. Ein Teil von ihnen nimmt Leitungsfunktionen im Auftrag des Kapitals wahr. Viele Angestellte, insbesondere in den Bereichen intellektueller Arbeit, organisieren ihre Tätigkeit in hohem Maße selbst – und damit ihre eigene Ausbeutung, da ihnen Aufträge und Rahmenbedingungen vorgegeben sind. Dennoch legen sie Wert auf eine höhere Autonomie. Das Gleiche gilt für immer mehr Solo-Selbstständige, deren Einkommen oft kaum zum Leben reicht und die zudem in ständiger wirtschaftlicher Unsicherheit leben. Das Bedürfnis nach selbstbestimmter Arbeit kollidiert mit den Kapitalverwertungsinteressen.

Am schlechtesten ist die Lage der Erwerbslosen, insbesondere wenn sie schon längere Zeit ohne Erwerbsarbeit sind und kaum noch Chancen auf gute Arbeit haben. Sie sind zunehmend Armut, Repression und Ausgrenzung ausgesetzt.

Unterschiede im Einkommen, der beruflichen Stellung, den Qualifikationen, familiäre Herkunft und verschiedene Migrationshintergründe prägen die verschiedenen Milieus der Lohnabhängigen. Sie unterscheiden sich nach dem Stil und die Prinzipien ihrer Lebensführung. Dies führt, zusammen mit religiösen und politischen Traditionen, zu unterschiedenen Wertorientierungen und politischen Einstellungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen. Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit wächst zudem die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen. Dies alles erschwert es den Gewerkschaften und den linken Parteien, gemeinsame Kämpfe zu organisieren. Die ökonomische, politische und ideologische Offensive des Kapitals zeigte Wirkung – auch in den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteien.

Auch die kapitalistische Klasse ist ausdifferenziert. An der Spitze stehen Superreiche und Konzernherren. Zusammen mit den Leitungen der Unternehmerverbände, den Spitzenmanagern in Wirtschaft und Staat und dem Führungspersonal der dem Kapital ergebenden Parteien bilden sie die herrschende Machtelite. Sie vollstrecken die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, aber sind diesen zugleich unterworfen. Sie sind Herren im Kapitalismus, aber keine Herren des Kapitalismus.

Selbstständiges Kleinbürgertum, Freiberufler und Kleinunternehmer leiden dagegen vielfach unter der Übermacht der Großunternehmen und dem Druck des Finanzkapitals. Ihre Interessen sind ebenso wie die der Beschäftigten in Leitungsfunktionen und mit höheren Einkommen und Vermögen widersprüchlich. Sie haben Sonderinteressen, aber auch Gemeinsamkeiten mit der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung, an denen fortschrittliche Kräfte anknüpfen können.

*Im Kapitel III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert auf S. 11 im Anschluss von:*

Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu gewährleisten. Not und Elend können überall auf der Welt überwunden werden. Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess mitwirken können und streben eine neue, gerechte Verteilung der Erwerbsarbeit und der anderen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten an.

**Einfügen:** “Wir wollen die Klassengesellschaft überwinden. Die neue und bessere Ordnung, die der Demokratische Sozialismus erstrebt, ist eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft.”

*Im Kapitel V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft auf S. 82 im Anschluss von:*

... um eine solidarische Umgestaltung der Gesellschaft und eine linke demokratische, soziale, ökologische und friedliche Politik durchzusetzen. Wir streben eine Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse an.

**Einfügen:** Hierfür ist es zunächst erforderlich, die Solidarität der Lohnabhängigen herzustellen, von den Kernbelegschaften bis zu den Erwerbslosen und Prekarisierten. Eine wichtige Aufgabe der LINKEN besteht darin, ihre gemeinsamen Interessen zu betonen.

### **Eine neue politische Klassenbildung**

Die traditionelle Arbeiterbewegung mit ihrem Zusammenhang von gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen, Bildungs- und Kulturvereinen, Konsumgenossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen und ihrer Verankerung in Arbeiterwohngebieten hat sich weitgehend aufgelöst. Elend und verschärfte Ausbeutung sind keine hinreichende Bedingung für die Herausbildung neuen Klassenbewusstseins. Zu seiner Entstehung muss zum sozialen Niedergang eine ideologisch-politische Krise der Kapitalherrschaft hinzukommen. Klassenbewusstsein entsteht weder individuell in den Köpfen einzelner, noch spontan aus den aktuellen sozialen Kämpfen. Es ist vielmehr selbst Produkt des bewusst und organisiert geführten Klassenkampfes. Für die Entstehung und Durchsetzung von Klassenmacht sind gewerkschaftliche und politische Organisationen erforderlich, in denen gemeinsame Interesse formuliert und Kämpfe zu ihrer Durchsetzung geführt werden. Es ist Aufgabe der Partei DIE LINKE, diesen Prozess bewusst und aktiv zu fördern.

# Medien

## IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung (S. 20)

*Fett = Ergänzung*

### Demokratisch kontrollierte Medien

**Die Massenmedien befinden sich überwiegend im Besitz weniger Konzerne und Finanzinvestoren. Sie bestimmen mit, was wir wissen, worüber wir reden und was wir meinen sollten. Medienmacht und Medienmanipulation sind eine Gefahr für die Demokratie. Demokratische Medien erfordern demokratische Redaktionsstatute, die Stärkung einer breiten Gegenöffentlichkeit sowie die Anwendung des Kartellrechts auf den Mediensektor.**

**Das Internet schafft die technischen Voraussetzungen für Informationsfreiheit und demokratische Aufklärung. Doch auch das Internet wird immer starker von großen Medienkonzernen beherrscht.** Viele Menschen haben zudem keinen Zugang zu modernen Medien und können somit nicht die Möglichkeiten nutzen, die mit moderner Informationstechnologie verbunden sind **DIE LINKE** kämpft gegen diese Spaltung, gegen Überwachung und Kontrolle, für Informations- und Meinungsäußerungsfreiheit und für die Stärkung öffentlich-rechtlicher Medien. **Das Internet ist für DIE LINKE ein öffentliches Gut, die Netzinfrastruktur gehört unter gesellschaftliche Kontrolle und muss demokratisiert werden.**

DIE LINKE setzt sich für die Vielfalt und die Freiheit der Medien wie der modernen Kommunikationsmittel (Internet), den Schutz kreativer Urheberrechte, die freie Nutzung des Internets sowie **die Netzneutralität** ein. Das ist ebenso eine öffentliche Aufgabe wie die Förderung von frei zugänglicher Software (Open Source), die Beschränkung digitaler Eigentumsrechte und die Sicherung großer und allgemein zugänglicher digitaler Wissensbestände. Die Rechte der Urheberinnen und Urheber gegenüber den Verwertungsunternehmen wollen wir ausbauen und zugleich einen Ausgleich finden, damit die nichtkommerzielle Nutzung möglichst wenig eingeschränkt wird. Wir treten ein für die Verteidigung und den Ausbau öffentlicher Räume der Information und Kultur und die Pressefreiheit in den Redaktionen, **etwa über Mitarbeiterbeteiligungen und demokratische Redaktionsstatute.**

# Europapolitik

## IV. Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung (S. 22)

*Kapitel zur Europapolitik ersetzen durch folgenden Abschnitt*

### **Die Europäische Union neu gründen**

Die Europäische Union ist unverzichtbares politisches Handlungsfeld für unsere Politik. Die hier getroffenen Entscheidungen sind von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Friedens, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung und die Lösung der ökologischen Herausforderungen auf dem Kontinent. Gemeinsam mit anderen linken Parteien in Europa steht DIE LINKE für eine andere, eine bessere EU!

Mit den Veränderungen der Europäischen Verträge, vom Maastrichter Vertrag bis zum Vertrag von Lissabon, wurden die Privatisierung öffentlicher Dienstleitungen sowie der Abbau von Schutzklauseln für die Arbeitsmärkte in den Mitgliedsländern forciert. Die vertraglich fixierte Ausrichtung der EU auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ hat die EU in eine tiefe wirtschaftliche und politische Krise geführt. Die EU-Verträge untersagen Kapitalverkehrskontrollen und behindern somit eine Regulierung der Finanzmärkte. Die Einführung der gemeinsamen Währung Euro ist ohne einen Unterbau, ohne eine politische Union geblieben.

Die Europäische Union muss auf der Basis einer Verfassung neu gegründet werden. Wir brauchen eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte garantiert, die die Umwelt bewahrt und das kulturelle Erbe schützt. In ihr hat sie sich auf die Sicherung des Friedens, auf zivile Konfliktlösungen und Abrüstung zu verpflichten. Notwendig ist eine Verfassungsordnung, welche die EU nicht einseitig auf eine bestimmte Wirtschaftspolitik festlegt und in der die sozialen Rechte und das Sozialstaatsprinzip gemäß den Traditionen ihrer Mitgliedsländer verankert sind. Wir wollen eine Europäische Zentralbank, die demokratisch kontrolliert wird und die neben ihrem geldpolitischen Beitrag zur Preisstabilität auf die Ziele von Vollbeschäftigung und qualitativem Wachstum verpflichtet ist. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt gehört abgeschafft, da er einseitig auf eine Konsolidierung der Staatsfinanzen abzielt und dabei andere Ziele wie Vollbeschäftigung und ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht ignoriert. Er ist durch einen "Pakt für nachhaltige Entwicklung, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Umweltschutz" und durch einen "außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt" zu ersetzen. Um Steuerdumping zu verhindern, sind die Voraussetzungen für gemeinsame Mindeststeuersätze auf breiter und harmonisierter Bemessungsgrundlage zu schaffen. DIE LINKE tritt für eine soziale Fortschrittsklausel ein, um die sozialen Rechte wie Tariftreue und Streikrecht zu gewährleisten. Die Verfassung

muss so ausgestaltet sein, dass sie den Mitgliedsstaaten keine Vorschriften hinsichtlich der Eigentumsordnungen in ihren Volkswirtschaften macht.

Wir wollen das Europäische Parlament stärken. Wir fordern transparente Entscheidungsprozesse sowie mehr unmittelbare Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen der EU. Die Rechte der nationalen Parlamente der Mitgliedsländer müssen zugleich gesichert werden, denn es gibt keine hinreichende europäische Öffentlichkeit und Demokratie. Die grundlegenden Entscheidungen, so über Krieg und Frieden und über den Haushalt, müssen in einzelstaatlicher Souveränität verbleiben. Die nationalen Parlamente müssen mehr Mitentscheidungsrechte in europäischen Angelegenheiten erhalten. Die Europäische Verfassung ist in allen Mitgliedsländern zum Gegenstand von Referenden zu machen. DIE LINKE fordert, dass alle zukünftigen Vertragsänderungen Volksabstimmungen in allen EU-Mitgliedsstaaten unterliegen müssen.

Die Europäische Union ist ein Zusammenschluss souveräner Staaten. Ihre Politik ist damit abhängig von den Machtverhältnissen in ihren Mitgliedsländern. Die von der LINKEN angestrebte bessere EU setzt daher eine andere Politik dort voraus. Wir streiten zusammen mit anderen linken europäischen Parteien für eine Neugründung der EU sowie eine fortschrittliche Politik auf europäischer Ebene. Die Mitarbeit in der Partei der Europäischen Linken und in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament steht dabei für uns im Zentrum.

# Frieden und internationale Politik

*Durchgestrichen = Streichung*

*Fett & Kursiv = Änderung/Ergänzung*

*Originaltext in Anführungsstrichen*

## Imperialismus und Krieg (S. 10)

„Die **führenden** kapitalistischen Staaten sorgen dafür, dass ihre Unternehmen weltweit Zugriff auf alle Ressourcen haben, dass sie ihr Kapital weltweit investieren und verwerten sowie auf allen Märkten ihre Produkte absetzen können. Dazu nutzen sie ihre ökonomische und militärische Vormachtstellung und ihre beherrschende Rolle in den internationalen **Organisationen**, Handels- und Finanzinstitutionen. Der **moderne** Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung. **Militärische Zwangsmaßnahmen werden ergriffen, wenn politischer und ökonomischer Druck nicht wirkt** Imperiale Kriege erwachsen aus Kämpfen um geopolitische Macht, um ökonomische, politische und kulturelle Vorherrschaft, um Profite und Märkte.“

Kriege entspringen darüber hinaus aus Armut und Unterdrückung, aus Klimawandel, aus Verknappung und ungerechter Aneignung von Naturressourcen. Sie führen zu weiteren militärischen, ethnischen und religiösen Konflikten, dem Zerfall von Staaten, zu Fundamentalismus und Terrorismus.

„Unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen werden auch Gewalt und Kriege zum Mittel der Politik. Oft geschieht dies unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen »Schurkenstaaten«. Besonders fatal ist dabei die Begründung von militärischen Interventionen mit dem Schutz von Menschenrechten. Nach dem Ende der Systemauseinandersetzung ist in den 1990er Jahren der Krieg auch nach Europa zurückgekehrt. Deutschland war eine treibende Kraft im Krieg gegen Jugoslawien, unterstützt direkt und indirekt den illegalen Krieg der USA im Irak und beteiligt sich am Krieg in Afghanistan.“

Die Gefahr ist groß. Ein neuer Imperialismus in einem entdemokratisierten Raum entsteht. Mächtige Fraktionen der Machteliten der Vereinigten Staaten haben deren globale Vorherrschaft zum Ziel.

„Auch die EU versucht zunehmend aggressiv, in der weltweiten Auseinandersetzung um Macht, Einfluss und natürliche Ressourcen ihre Stellung auszubauen. Kriege, einschließlich vorgeblich präventiver Angriffskriege, gelten führenden Kräften der USA, der NATO und der EU wieder als taugliche Mittel der Politik.

Das globale Netz von ausländischen Militärstützpunkten wurde ausgebaut. Der Schutz der Menschenrechte wird dazu missbraucht, Kriege zu legitimieren.“

~~„Die EU, deren große friedenspolitische Leistung darin besteht, dass in der Europäischen Union seit mehr als einem halben Jahrhundert...“ Kein Krieg mehr geführt wurde, beteiligt sich außerhalb ihres Territoriums immer öfter an Kriegen: Dem Krieg zur Auflösung Jugoslawiens folgte die Beteiligung an den Aggressionen gegen Afghanistan und den Irak durch EU-Mitgliedsstaaten. Die wachsende Bedeutung militärischer Mittel für die EU spiegelt sich im Grundlagenvertrag von Lissabon wider. Er enthält nicht nur eine Aufrüstungsverpflichtung, sondern ermöglicht auch die Beteiligung von EU-Kampfverbänden an internationalen Konflikten.“~~

#### „4. Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ (S. 21)

##### 1. NATO und Sicherheitskollektiv:

*„Für DIE LINKE ist Krieg kein Mittel der Politik.“ Die Erfahrungen zeigen: Die NATO ist eine militärische Interessengemeinschaft der reichen Nationen des Nordens, die zur Durchsetzung ihrer Interessen bereit ist, Völkerrecht zu brechen und Kriege zu führen. Sie ist friedensunfähig. Nur die Schaffung eines europäischen kollektiven Sicherheitssystems in Anlehnung an die UNO und unter Beteiligung Russlands kann den Frieden in und für Europa sichern und Abrüstung fördern. Daher fordern wir die Auflösung der NATO. Dies erfordert den sofortigen Austritt aus den militärischen Strukturen der Nato und die Ablehnung aller Out-of-Area-Einsätze.*

Eine radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien ist ein wichtiger Schritt hin zu einer friedlichen Energieaußenpolitik. Der Handel mit natürlichen Rohstoffen ist durch eine hohe wechselseitige Abhängigkeit der Energielieferanten bzw. Energieimporteure geprägt. Die Antwort auf Energiekonflikte kann daher nur friedliche Kooperation lauten: Die militärische Sicherung von Rohstoffen, eine »Energie-NATO«, einseitige Energiesicherungsklauseln sowie den Zwang zur Marktöffnung und Privatisierung der Energieversorgung lehnen wir ab.

Die internationale Gemeinschaft braucht ein Regelwerk für einen friedlichen Energiedialog unter dem Dach der UNO bzw. ziviler kollektiver Sicherheitssysteme wie der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Diese völkerrechtlichen Verpflichtungen müssen Mechanismen zur friedlichen Streitbeilegung, Beistand bei Versorgungsengpässen sowie das Recht auf Nationalisierung der natürlichen Rohstoffe beinhalten.

##### 2. Militarisierung deutscher Außenpolitik

„Wir fordern ein sofortiges Ende aller ~~Auslandseinsätze~~ Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta“. *DIE LINKE fordert eine grundlegende Reform und Demokratisie-*

*rung des UNO-Systems, um Missbrauch und Instrumentalisierung von Blauhelm-Einsätzen durch Großmächte zu verhindern.*

*Änderungs- & Ergänzungsvorschlagvorschlag:*

*Deutschland muss die Reform und Demokratisierung der UNO endlich vorantreiben, anstatt wie bislang auf einen ständigen Sicherheitsratssitz hinzuwirken. Zur Stärkung der UNO ist es erforderlich, sie mit ausreichend zivilen, finanziellen und personellen Mitteln zu unterstützen. Hierzu gehört die Schaffung einer rein zivilen internationalen Katastrophenhilfe unter dem Dach der UNO. „DIE LINKE lehnt eine Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen ab. Sie will nicht, dass zivile Hilfe für militärische Zwecke instrumentalisiert wird. Denn um eine „Akzeptanz für die Militarisierung der Außenpolitik zu erlangen, ist zunehmend von »zivilmilitärischer Kooperation« und von Konzepten zur »vernetzten Sicherheit« die Rede.“*

### **3. Bundeswehrreform - Abrüstung und strategische Nichtangriffsfähigkeit**

*Seit den 1990er Jahren wird die Bundeswehr zur „Einsatzarmee“ umgebaut, um sie zur Durchsetzung von wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen in der Welt einzusetzen. Mit dieser Funktion überschreitet sie nicht nur den grundgesetzlich verpflichtenden Verteidigungsauftrag, sondern trägt zur Gefährdung des Friedens bei. „Statt Aufrüstung, militärischer Auslandseinsätze und EU-NATO-Partnerschaft ist eine Umkehr zu einer friedlichen Außen- und Sicherheitspolitik notwendig. DIE LINKE verteidigt das in der UNO-Charta fixierte Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen“ sowie die im Grundgesetz verankerte Beschränkung der Bundeswehr auf die Landesverteidigung. Die Aufrüstung der Bundeswehr zur globalen Interventionsarmee ist zu stoppen. Die Bundeswehr ist wieder zur Verteidigungsarmee umzubauen. Einziger Maßstab ist die sicherheitspolitische Lage Deutschlands – nicht die Wünsche der Rüstungsindustrie oder die der befreundeten Staaten. Die Rüstungsproduktion ist zu verstaatlichen. Angesichts der auf absehbare Zeit geringen sicherheitspolitischen Bedrohung kann die Bundeswehr auf unter 100.000 Soldatinnen reduziert werden. Sollte sich die sicherheitspolitische Situation darüber hinaus für Deutschland noch weiter verbessern, gehört die Auflösung der Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheit auf die Agenda. „DIE LINKE setzt auf Abrüstung und Rüstungskontrolle, fordert ein striktes Verbot von Waffenexporten“. in Krisengebiete. und den Umbau der Streitkräfte auf der Basis strikter Defensivpotenziale.*

# Rechtspopulismus

*Neuer Abschnitt zu Rechtspopulismus im Programmentwurf*

## **Rechtspopulismus bekämpfen – Populäre Politik für soziale Gerechtigkeit**

Rechtspopulisten haben Auftrieb - in Europa und den USA. Sie schüren Konflikte zwischen Menschen verschiedener Nationalität, Hautfarbe, Kulturen und Religionen. Die neue Rechte in Europa predigt insbesondere Hass gegen Jüdinnen und Juden, Muslime, Sinti und Roma sowie sozial Benachteiligte. Rechtspopulisten wollen vom Konflikt zwischen oben und unten ablenken. Sie erfahren Unterstützung von Medien, politischen und wirtschaftlichen Eliten, zielen jedoch auf die sozial Benachteiligten. Die geistigen Brandstifter erfahren Zuspruch, weil sie reale Probleme wie Ghettos, Bildungsnotstand, Kriminalität, Gewalt und Abstiegsängste ansprechen. Sie verschleiern die Ursachen. Dabei ist es die Politik der sozialen Spaltung, die diese Probleme schafft. Die linke Antwort auf die rechte Gefahr kann nur lauten: populäre und glaubwürdige Politik von links!. Wir streiten für soziale Gerechtigkeit, gute Löhne, soziale Sicherheit und gleiche Chancen für alle – von der Kita bis zur Universität. Linke Politik muss die wirklichen Verursacher und Profiteure der Probleme benennen, um Solidarität zu ermöglichen.

# **Parteispenden und “Fragen eines lesenden Arbeiters”**

## **I. Präambel: Dafür steht DIE LINKE (S. 4)**

(...) für die Durchsetzung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gegen die Erpressungsmacht großer Konzerne, für ein Verbot von Spenden von Unternehmen an Parteien wie in Frankreich und, Höchstgrenzen für Parteispenden von Privatpersonen sowie die Unvereinbarkeit von politischen und Wirtschaftsmandaten, für mehr direkte Demokratie in Form von Volksabstimmungen, für die Einklagbarkeit von Recht unabhängig vom eigenen Geldbeutel, für politische Streiks und Generalstreik als Kampfmittel der Beschäftigten, für den Ausbau der Bürgerrechte und die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche

## **IV: Linke Reformprojekte – Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung (S. 18)**

Deshalb fordern wir, dass Wirtschaftsverbände und Unternehmen nicht an Parteien spenden dürfen und es ihnen verboten wird, Abgeordnete in Landtagen, Bundestag oder Europaparlament auf ihren Gehaltslisten zu führen. Auch Spenden von reichen Privatpersonen und die Wahlkampfausgaben der Parteien müssen begrenzt werden, um die Demokratie vor dem Einfluss des großen Geldes zu schützen.

## **Antrag Fragen eines lesenden Arbeiters**

Wir möchten die Anregung des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im saarländischen Landtag, Oskar Lafontaine, aufgreifen und beantragen das Brecht-Gedicht “Fragen eines lesenden Arbeiters” im Grundsatzprogramm abdrucken. Das Gedicht unterstreicht unsere Verantwortung in der Arbeiterbewegung und wer die Werte in diesem Land schafft.

# **AutorInnenverzeichnis**

## **Jan van Aken**

studierte Biologie in Hamburg und arbeitete bis Anfang 2009 als Gentechnik-Experte bei Greenpeace International. Zwei Jahre lang war Jan van Aken Biowaffeninspektor bei den Vereinten Nationen. Er gehört zu den Gründern von "Sunshine Project zur Ächtung biologischer Waffen" sowie der Forschungsstelle Biowaffen an der Universität Hamburg. Der bekennende Friedensaktivist trat 2007 in DIE LINKE ein. Seit September 2009 gehört er dem Bundestag an und ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

## **Detlef Bimboes**

ist pensionierter Diplombiologe und lebt in Berlin. Er ist Mitglied in der Partei DIE LINKE und im Berliner Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf organisiert.

## **Fabio De Masi**

ist Diplom-Volkswirt und hat einen Abschluss als Master in Internationalen Beziehungen der Universität Kapstadt/Südafrika. Er ist Mitarbeiter des Chefvolkswirts der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Michael Schlecht. 2009 war er Kandidat der Partei DIE LINKE für die Wahlen zum Europaparlament. Er ist Leiter der Programmarbeitsgruppe und Mitglied des BundessprecherInnenrates der Sozialistischen Linken.

## **Ralf Krämer**

ist Sozialwissenschaftler und Ökonom, war viele Jahre Mitglied der SPD in Nordrhein-Westfalen, 1987-1993 Juso-Landesvorsitzender. 1999 Austritt aus der SPD. 1993 bis 2000 war er Redaktionssekretär der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, seit 2002 arbeitet er als Gewerkschaftssekretär für den Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand. Er war einer der Initiatoren der Bildung der WASG, ist Mitglied im Bundessprecherrat der Sozialistischen Linken, war Mitglied der Programmkommission und ist jetzt Mitglied der Redaktionskommission der Partei DIE LINKE.

## **Oskar Lafontaine**

ist Vorsitzender der Linksfraktion im saarländischen Landtag. Von 1966 bis 2005 war er Mitglied der SPD, für die er Oberbürgermeister von Saarbrücken (1976-1985), Ministerpräsident des Saarlandes (1985-1998), Kanzlerkandidat (Bundestagswahl 1990) und Bundesfinanzminister (1998/99) war. Von 1995 bis 1999 war er SPD-Vorsitzender. 2005 wechselte Lafontaine von der SPD zur neu gegründeten Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit (WASG). Diese ging durch seine Initiative 2005 ein Wahlbündnis mit der PDS ein. Von 2005 bis 2009 war Lafontaine Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. 2007 bis 2010 war er Parteivorsitzender der LINKEN.

## **Alexander S. Neu**

ist Mitglied des SprecherInnenkreises der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik (BAG FiP). Er war u.a. Mitarbeiter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf dem Balkan und ist Mitglied der Redaktion Wissenschaft und Frieden.

## **Hartmut Obens**

war langjähriger Betriebsrat bei der Lufthansa Technik Logistik und ist ver.di-Mitglied. Er ist aktives Mitglied der LINKEN in Hamburg, einer der Koordinatoren für die Programmdiskussion im LV Hamburg und Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der Bezirksversammlung Hamburg-Eimsbüttel.

## **Marianna Schauzu**

hat Biologie und Politologie studiert und ist promovierte Molekularbiologin. Sie ist aktiv im Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf der Berliner LINKEN, gehört dem SprecherInnenrat der Berliner Sozialistischen Linken an und ist Bundesparteitagsdelegierte der Sozialistischen Linken.

## **Sahra Wagenknecht**

ist stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Mitglied des Bundestages und wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion. Von 2004 bis 2009 war sie Abgeordnete des Europaparlaments. Bis 2010 war sie im Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform. Sie hat Philosophie und Neue Deutsche Literatur studiert.

## **Andreas Wehr**

ist Jurist, war von 1971 bis 1998 Mitglied der SPD, Juso-Vorsitzender in Berlin und Mitglied des Landesvorstands der Berliner SPD. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fraktion Konföderation der Vereinigten Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament und Buchautor u.a. von: Griechenland, die Krise und der Euro, erschienen im Oktober 2010 im Papy-Rossa-Verlag.

## **Harald Werner**

ist Sozialwissenschaftler und Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN. Von 1963 bis 1970 war er Mitglied der SPD, seit 1972 der Deutschen Kommunistischen Partei, für die er auch hauptamtlich tätig war. In der DKP begründete er die Erneuererstömung mit, trat aber 1990 in die neugegründete PDS über. Zuletzt gehörte er dem Parteivorstand der PDS als gewerkschaftspolitischer Sprecher an.

# Spenden: Die Sozialistische Linke unterstützen!

*Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,*

politische Arbeit kostet auch Geld. Ob Publikationen, Reisekosten oder Veranstaltungen: Oft heißt es "Ohne Moos nichts los!". Deswegen bitten wir dich, die Sozialistische Linke finanziell zu unterstützen. Dies geht am besten mit der Überweisung einer Spende oder per Dauerauftrag an:

- Parteivorstand DIE LINKE
- Konto-Nr. 132 257 31
- BLZ 100 500 00
- Berliner Sparkasse
- WICHTIG: Stichwort „SPENDE Sozialistische Linke“

## **Sommerakademie (15. bis 17. Juli 2011)**

*Die traditionelle Sommerakademie findet auch 2011 wieder statt. Sie wird vom 15. bis 17. Juli 2011 in der Ver.di-Bildungsstätte „Das Bunte Haus“ bei Bielefeld ausgerichtet. Veranstalter ist der Verein zur Förderung einer solidarischen Wirtschaftsweise und der Völkerverständigung; die Sozialistische Linke ruft zur zahlreichen Teilnahme auf. Damit die Sommerakademie für alle InteressentInnen ermöglicht werden kann, bittet der Veranstalter um Spenden. Anmeldungen sind ab sofort möglich. Spendenformulare und die Onlineanmeldung zu Sommerakademie gibt es unter [www.soli-verein.de](http://www.soli-verein.de).*

# Erklärung der Unterstützung

Hiermit erkläre ich als Mitglied der Partei DIE LINKE meine Unterstützung der Erklärung und Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE. Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

---

Name Vorname

---

Straße und Hausnummer

---

PLZ und Ort

---

\_\_\_\_.\_\_\_\_.\_\_\_\_  
Geburtsdatum

Mitglied der Partei DIE LINKE  Mitgliedsnummer:

---

Landesverband Kreisverband

---

Politische Funktion(en)

---

Telefonnummer

---

E-Mail

---

Datum Unterschrift

# FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

*Von Bertolt Brecht*

Wer baute das siebentorige Theben?  
In den Büchern stehen die Namen von Königen.  
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?  
Und das mehrmals zerstörte Babylon,  
Wer baute es so viele Male auf ? In welchen Häusern  
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?  
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,  
Die Maurer? Das große Rom  
Ist voll von Triumphbögen. Über wen  
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz  
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis  
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,  
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.  
Der junge Alexander eroberte Indien.  
Er allein?  
Cäsar schlug die Gallier.  
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?  
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte  
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?  
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer  
Siegte außer ihm?  
Jede Seite ein Sieg.  
Wer kochte den Siegeschmaus?  
Alle zehn Jahre ein großer Mann.  
Wer bezahlte die Spesen?  
So viele Berichte,  
So viele Fragen.